

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 21. Mai 1932

36. Jahrgang

Nummer 21

Umkehr, Herr Stegerwald!

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate hat mit eindringlicher Deutlichkeit gezeigt, daß durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die Krise verschärft worden ist. Durch den Lohnabbau ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen und die wirtschaftlichen Zusammenbrüche haben sich vermehrt. Was die Gewerkschaften vorausgesagt haben, ist eingetreten. Die den Arbeitern aufgezwungene Hungerkur hat die Krisenlage nicht entspannt. Von den Voraussetzungen der Reichsregierung ist nichts eingetreten. Nirgendwo zeigt sich eine Verbesserung, überall aber Verschlechterungen, wodurch natürlich die Verbitterung der breiten Masse neue Nahrung erhält. Das Ergebnis der verkehrten Lohnpolitik fordert gebieterisch die Umkehr, die Löhne dürfen unter keinen Umständen noch mehr gesenkt werden. Die Wünsche der Unternehmer, die überhaupt nie zu befriedigen sind, müssen entschiedene Ablehnung finden. Es geht nicht, daß die Arbeiterklasse noch tiefer ins Elend gestürzt wird.

Aber im Reichsarbeitsministerium scheint diese Einsicht immer noch nicht eingekehrt zu sein. Seit Stegerwald dort regiert, finden die Unternehmerwünsche im Reichsarbeitsministerium ein weitgehendes Entgegenkommen. Der Reichsarbeitsminister scheint die verhängnisvollen Folgen seiner Lohnpolitik immer noch nicht zu überblicken. In einem Artikel „Was soll mit den Löhnen geschehen?“ in der Monatschrift „Wege zur Arbeit“ vertritt Stegerwald die Auffassung, daß die Löhne in einzelnen Bezirken noch mehr gesenkt werden müssen. Stegerwald will zwar keinen allgemeinen Lohnabbau, er läßt aber die Möglichkeit dazu offen.

„Wenn ich auch eine nochmalige allgemeine Lohnsenkung nicht für geboten halte, im Gegenteil das Vertrauen und die feste Absicht habe, den jetzigen Lohnstand festzuhalten, so enthält die wirtschaftliche und politische Lage doch so viel Unsicherheiten, daß man sich auf alle Möglichkeiten einstellen sollte.“

Stegerwald muß in seinem Artikel zugeben, daß die Löhne stärker gesunken sind als die Preise. „Der Kaufkraftverlust, den die Löhne durch die Werte Notverordnung erlitten haben, ist durch die Preis- senkungspolitik keineswegs voll ausgeglichen.“ Anstatt daraus nun den Schluß zu ziehen, was der Reichsanleger im übrigen auch zugeht hat, weitere Lohnsenkungen zu unterbinden, spricht Stegerwald von einem weiteren Lohnabbau „überhöhter Löhne“.

„Wenn ich einen besseren Ausgleich der Löhne fordere, so denke ich nicht an schematische Gleichmacherei. Selbstverständlich sind Lohnunterschiede je nach den verschiedenen Anforderungen und Möglichkeiten der einzelnen Erwerbszweige berechtigt. Aber auch bei weitgehender Berücksichtigung dieser Besonderheiten wird man zugeben müssen, daß die Löhne in einzelnen, hauptsächlich für den Binnenmarkt arbeitenden Industrien zu hoch sind.“

Das hätte Herr Stegerwald nicht aussprechen sollen. Darauf haben die Unternehmer gewartet. Ihre Anträge zum Ablauf der Tarifverträge sind entsprechend abgefaßt. Es gibt überhaupt keine Unternehmergruppe, die nicht die Behauptung aufstellt, daß die Löhne in ihrem Gewerbe zu hoch sind. Das sollte auch der Arbeitsminister wissen. Der Sinn aller Unternehmerlohnansprüche läuft

darauf hinaus, den Beweis für die Ueberhöhung der Löhne zu bringen. Die Steinbruchs-Industriellen und andere Unternehmer sind darin nicht verlegen, obgleich die Löhne der Steinbruchsarbeiter, ähnlich wie bei den Textilarbeitern, kaum noch unterboten werden können. Die im April und Mai geführten Tarifverhandlungen haben deutlich gezeigt, daß die Unternehmer weitere Lohnsenkungen für erforderlich halten. Wir haben etwas anderes von den Unternehmern nicht erwartet, da wir aus Erfahrung wissen, daß ihnen auch der niedrigste Lohnsatz noch zu hoch ist. Der Arbeitsminister aber sollte doch einen anderen Standpunkt einnehmen. Er hat den Unternehmern das Stichwort von den überhöhten Löhnen geliefert, das wird bei den Tarifverhandlungen gegen die Arbeiterklasse ausgemünzt.

Ein Blick in die Unternehmerpresse genügt, um sich davon zu überzeugen, daß den Scharfmachern der Abbau der Löhne auf den Stand von 1927 noch lange nicht genügt. Sie verlangen mehr. Die „Schwerindustrielle „Bergwerks-Zeitung“ geht sogar so weit, den Lohnstand von 1924 für die gegenwärtige Zeit noch für zu hoch zu erklären. Derartige Unverschämtheiten können kaum noch überboten werden. Die Regierung Brüning hat die Unternehmer mit ihrem Lohnabbau zum Geschmaçk verholpen, jetzt kann ihr Appetit nicht mehr gestillt werden. So erklärt die „Bergwerks-Zeitung“:

„Alles, was bisher von Reich wegen in Sachen der Wirtschaft geschah, ist nichts anderes als ein scheues Herumgehen um den heißesten, aber wichtigsten Punkt, die Lohnfrage. Seit der Lohn nicht mehr als das angefahren wird, was er ist, seit er politisch geworden ist, geht es abwärts, zeigt sich die Not, und doch gibt es nichts, was mehr wirtschaftsreal ist, als gerade der Lohn. Von hier aus haben sich denn auch alle Krankheiten des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens entwickelt. Der entartete Lohn ist zur Krebskrankheit der Wirtschaft geworden.“

Diese Kreise, das zeigt diese Auslassung, wird der Reichsarbeitsminister nicht zufriedenstellen, und wenn er die Löhne auf den Stand von 1924 senkt. Umkehr ist daher geboten! Der Lohnabbau hat die Kaufkraft der Arbeiter geschwächt, der eingeschlagene Weg hat sich als falsch erwiesen. Kein Aufstieg, sondern Rückgang ist eingetreten. Die Beschäftigungsmöglichkeiten haben sich seit Erlass der Notverordnung noch mehr verringert und das Heer der Arbeitslosen ist gestiegen. Die notverordnete Not schreibt durch die Gassen und drängt nach Entladung! Man soll den Bogen nicht überspannen und die hungernden Massen zur Verzweiflung treiben! Die Folgen davon sind unabsehbar. Die Gewerkschaften haben auf dem Krisenkongreß Wege gewiesen, die schnell beschränkt werden müssen. Mit dem Lohnabbau ist die Krise nicht zu lösen, das hat die bisherige Entwicklung gezeigt. Von dem Reichsarbeitsminister verlangen wir, daß er jetzt Umkehr hält und den Weg der Umkehr beschreitet. So geht es auf jeden Fall nicht, daß nach dem allgemeinen Lohnabbau jetzt über die sogenannten „überhöhten Löhne“ der Lohnabbau noch weiter betrieben wird. Die Grenze ist erreicht, mehr läßt sich nicht ertragen.

Gegen die Gewerkschaften

Es kommt jetzt alles darauf an, daß die wirklichen Gewerkschaften treu und fest zusammenhalten; dann werden alle offenen und verdeckten Angriffe auf die Selbstbehauptungsorganisationen der Arbeiter und Angestellten erfolglos bleiben und in sich zusammenbrechen. Zu keiner Zeit war so dringend Einigkeit und Geschlossenheit für die wirtschaftlich vom Kapital Abhängigen nötig, als jetzt. Es ist zwar richtig, daß die Gewerkschaften zu allen Zeiten Gegner und Feinde gehabt haben; aber früher waren sie deutlich erkennbar, und die große Rücksichtslosigkeit ihres Kampfes schmiedete die Bedrohungen ohne weiteres zusammen. Nicht daß damals Werbung und Aufklärung überflüssig gewesen wären. Sie war immer notwendig und wird auch in alle Zukunft notwendig bleiben; denn es gibt stets Lässige und Bequeme und auch Furchtsame und auf eine trüg selbstsüchtige Art Vorsichtige. Heute aber gibt es leider auch noch viele Verräter im eigenen Lager! Das war früher äußerst selten der Fall; macht aber die Kampfstellung der Gewerkschaften heute so schwierig. Diese bedauerlichen Zustände sind ein ganz besonders wichtiger Grund zur Gewerkschaftswerbung, zur unablässigen, eifrigen Aufklärung der Lässigen und Gleichgültigen im Lager der Arbeiterschaft.

Es ist natürlich nicht so leicht, Arbeiter gegen Arbeiter ins wirtschaftlich-soziale Kampffeld zu schiden; das ist nur nach vorausgegangenem politischer Verwirrung und Verhöhnung zu erreichen. Der Angriff auf die Gewerkschaften erfolgt heute besonders stark von politischen Schleimwegen aus. Und wenn auf ihnen Arbeiter gegen Arbeiter vorgeschickt werden, ist nicht immer klar erkennbar, welche politische Gruppe oder welche wirtschaftliche Schicht im Hintergrunde steht. Offenbar wissen das selbst die nicht immer zuverlässigen, die zur Wählerarbeit gegen die Gewerkschaftsgrundlagen abgerichtet worden sind. Sie werden zuvor durch einen hoch auflodernden Wortschwall von Phrasen vollständig verwirrt. Erst wenn das ruhige Nachdenken und Erwägen nicht mehr zu befürchten ist, kann der Arbeiter oder Angestellte für Verräterzwecke mißbraucht werden. Politischer Fanatismus macht blind gegen die Lebensstatistiken! Politischer Fanatismus ist stets eine große Gefahr für die ruhige Entwicklung der staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse. Heute aber ist die Luft mit politischem Fanatismus förmlich geschwängert. Die nationale Phrasen feiert wahre Orgien; der Rassenfunk wird wieder mit grüßlicher Eifer betrieben und selbst das Religiöse wird noch mehr

entstellt und mißbraucht, als es schon für gewöhnlich der Fall ist. Und das alles, um die verhasste Gewerkschaftsbewegung zu brechen.

So entschieden und vielseitig, so planvoll und gerissen kämpfen man noch nie gegen die große Kulturbewegung der Gewerkschaften. Aber es wird alles vergebens sein. Diese gewaltige Bewegung geht durch alle Kulturvölker. Vielleicht, daß sie hier und da vorübergehend ein wenig gestört und verlangsamt werden kann, aufzuhalten oder gar zu zerstören ist sie nicht. Denn das Recht und die Wahrheit und die Lebensnotwendigkeit, die alles menschliche Wollen und Tun tragen muß, stehen auf Seiten der Gewerkschaften.

Gewerkschaftsstreben ist Fortschrittsstreben in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht. Und Fortschritt und Entwicklung muß sein, wenn das Leben gesund und kraftvoll, wenn es eben Leben bleiben soll. Leben ist Bewegung, vorwärtsgerichtete Bewegung, ist Kampf, wenn diese auf die Besserung und Vervollkommnung des Lebens gerichtete Bewegung aus Kurzsichtigkeit oder Böswilligkeit gewaltsam zu hemmen versucht wird. Heute aber wollen allerhand dunkle Kräfte den Gewerkschaftsfortschritt auf jede nur irgendwie Erfolg versprechende Art und Weise hemmen oder, lieber noch, in das Gegenteil umbiegen. Darum Kampf allen hemmenden Bestrebungen und Gestalten! Denn die Gewerkschaft muß leben; sie ist für die Verhältnisse der Gegenwart und Zukunft durchaus unentbehrlich. Daran ist bei ehrlichem, sachlichem Betrachteten der Dinge des gesellschaftlichen Lebens kein Zweifel möglich. Es gibt nichts, was an die Stelle der von den Arbeitern und Angestellten selbst geschaffenen Gewerkschaften gesetzt werden könnte.

Die politischen Gebilde, die den ganz besonderen Zweck haben, die Gewerkschaften zu zerstören, sind sehr verschiedener Art. Ganz von links rückt die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ heran. Die NSD, gibt vor, die proletarische Einheitsfront schaffen zu wollen. Aber das russische Beispiel schreit. Dort ist die Freiheit der Gewerkschaften einem Wahn zum Opfer gebracht worden. Die Gewerkschaften der kommunistischen Partei sind keine Gewerkschaften mehr, die diesen Namen verdienen. Und ebensowenig verdienen die nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen den Namen „Gewerkschaft“. Diese NSD, sind nichts weiter als Zellen der Zerstörung wirklichen gewerkschaftlichen Lebens. Die wahren, freien, auch politisch freien Gewerkschaften sollen durch das Gift der sogenannten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

von innen heraus zerstört werden. Die NSDAP, ist alles andere eher, als eine „Arbeiterpartei“ oder Arbeiterbewegung. Und „sozial“ ist dieses wilde Durcheinander von Zielstreben ebensowenig; denn man kann nicht dem Kapital dienen und auch nicht dem im ganzen äußerst rückwärtlichen gewerblichen und sonstigen Mittelstande und daneben dem wirtschaftlichen und kulturellen Fortschrittsbrang der unteren Volksschichten, die in der Hauptsache aus Lohn- oder Gehaltsempfängern bestehen und mehr als drei Viertel aller Berufstätigen umfassen. Diese gewaltig große Volksklasse hat ihre eigenen Lebensnotwendigkeiten. Sie wachsen aus dem wissenschaftlich-technischen Wirtschafts- und sonstigen Fortschritt naturbedingt heraus.

Es gibt dann auch noch eine sogenannte Gewerkschaft, „Deutsche Hilfe“. Begründet hat sie der Herausgeber der Zeitschrift „Friedericus“. Sie soll „den Marxismus überwinden“, wahrscheinlich durch blindwütiges nationales Schreien und anmaßendes Sichbrüsten mit eingebildeten Vollkommenheiten, die angeblich nur dort zu Hause sind, wo die alte preußische Fiedelhaube verehrt wird. Der dieser Sinnesart verwandte Stahlhelm hat lange von Gewerkschaftsgründungen geredet, um schließlich die sogenannten Stahlhelmselbsthilfegebilde hervorzubringen, die waschechte Werksgemeinschaften sind. Sie sind selbstverständlich gewerkschaftsfeindlich und wollen den Arbeitern die Selbstbehauptungshandhaben zerstören.

Alle diese aus dem krankhaften Zustande unserer Zeit entsprungenen Gebilde sind mit allerhand demagogischen Mitteln in einen blinden Haß gegen alles hineingekehrt worden, was nach wahrer Gewerkschaftsmacht und Gewerkschaftsfreiheit aussieht. Sie sind aus Haß und Zwiespalt geboren und wollen Haß und Zwiespalt säen. Es sind Giftpflanzen des kapitalistischen Zeitalters, das immer grauhaftere Zeichen der Entartung und des Zerfalls zeigt.

Der Lohnabbau geht weiter!

Die durch die Notverordnung der Brüningregierung eingeleitete Abwärtsbewegung der Arbeiterlöhne hat einen Zustand geschaffen, der sich nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern auch für die Wirtschaft in unheilvollster Weise auswirkt. Langsam kommt auch Bevölkerungskreisen, die den Unternehmerforderungen nach Lohnabbau eifrig zustimmen, zum Bewußtsein, daß der Wirtschaft mit ihrer Durchführung ein sehr schlechter Dienst erwiesen wurde. Leider kommt diese bessere Ueberlegung zu spät, um den entstandenen Schäden wieder gut zu machen. Nach den Feststellungen der Gewerkschaften sind die Löhne der männlichen Arbeiter in Deutschland nach Berufen berechnet, von Ende 1930 bis Januar 1932 um 11,3 bis 22,6 v. H. oder durchschnittlich um 17,1 v. H. zurückgegangen. Auch nach örtlicher Berechnung ergibt sich ein ähnliches Verhältnis mit Kürzungen von 17 bis 18 v. H. und einem Durchschnitt von 17,5 v. H. Die durchgeführte Preis- und Gehaltsabsenkung hat dagegen — wie von vornherein befürchtet werden mußte — hierfür keinen Ausgleich geschaffen, ging doch der Lebenshaltungsindex in der gleichen Zeit nur um 13,6 v. H. zurück.

Die sich zwischen den abgebauten Löhnen und dem Sinken des Lebenshaltungsindex ergebende Differenz zum Nachteil der Arbeiter erscheint zwar geringfügig. Es muß aber berücksichtigt werden, daß der Reallohn der Arbeiter schon vor dem Beginn des Lohnabbaues unternormal war und ferner die Löhne bereits im Jahre 1930 durch Kürzung der übertariflichen Arbeitsverdienste einen Abbau von 5 bis 7 v. H. erfahren. Zieht man außerdem die Erhöhung der Steuern und Arbeitslosenversicherungsbeiträge in Betracht, so liegt die Kaufkraft des tariflichen Stundenlohnes gegenwärtig um 6 bis 7 v. H. unter dem Stande von Ende 1930 und erniedrigt sich noch wesentlich mehr, wenn man auch die Lohnausfälle durch Kurzarbeit, Unterentlohnung und Wegfall von Ueberstunden in Rechnung stellt. Alles in allem genommen stehen hiernach die tariflichen Löhne ungefähr auf der gleichen Höhe wie Ende 1925 vor der Rationalisierung der Betriebe, was bedeutet, daß die Arbeiter von der durch sie verursachten bedeutenden industriellen Produktionssteigerung nicht den geringsten Nutzen zogen. Der Angestellten- und Beamtenlohn erging es um kein Haar besser. Auch ihre Bezüge erfahren eine beträchtliche, zum Teil über den Abbau der Arbeiterlöhne hinausgehende Verminderung. Diese Umstände mußten auf die Kaufkraft der übrigen Bevölkerungskreise nachteilig einwirken und zur weiteren Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage beitragen.

Die Fehler der seither verfolgten, gegen die Arbeiterschaft gerichteten Wirtschaftspolitik liegen hiernach klar zutage. Werden aber hieraus die erforderlichen Folgerungen gezogen? In einer Veröffentlichung vom 23. März d. J. äußerte sich der Reichsarbeitsminister dahin, daß nach der erheblichen Senkung der Löhne und Gehälter durch die 4. Notverordnung eine erneute weitere allgemeine Herabsetzung nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert sei. Damit konnte der Glaube erweckt werden, als ob auch bei der Reichsregierung die Ansicht bestehe, daß die Grenzen des Lohn- und Gehaltsabbaues erreicht, wenn nicht schon überschritten seien. Dieser Glaube erwies sich jedoch als verfehlt, denn in der Ueßerung des Reichsarbeitsministers wurde nur „eine erneute allgemeine Lohnherabsetzung“ als untragbar und nicht wünschenswert bezeichnet, dagegen hinzugefügt, daß er lediglich für einzelne Berufsgruppen die Anpassung der bisher gegenüber dem allgemeinen Lohnstand noch überhöhten Löhne und Gehälter für berechtigt halte und bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands jede vermeidbare Beunruhigung durch Tarifkündigung unterbleiben sollte.

Daß der Reichsarbeitsminister mit den nach seiner Ansicht noch überhöhten Löhnen und Gehältern nicht die Bezüge der kapitalistischen Generaldirektoren und sonstigen sogenannten Wirtschaftsführer meinte, war klar. Dennoch durfte man annehmen, daß seine Ueßerung nicht als ein Signal für eine neue allgemeine Lohnabbaubewegung aufzufassen sei. Die Unternehmer sind jedoch anderer Meinung. Für sie sind die Grenzen des Lohn- und Gehaltsabbaues noch keineswegs erreicht, geschweige überhritten.

Die Zeit und Wirtschaftslage erscheint ihnen so günstig, um auf diesem Gebiete noch mehr zu erreichen und gleichzeitig gegen das ihnen verhasste Tarifwesen einen vernichtenden Schlag zu führen. Entsprechend sehen wir, wie das Unternehmertum bestrebt ist, den Lohn- und Gehaltsabbau mit verstärkten Kräften fortzusetzen, worin sie von oben in weitestgehendem Umfange unterstützt werden.

Die Wirtschaft- und Preispolitik der Unternehmerverbände und industriellen Kartelle, die durchgeführte Leberationalisierung mit ihren Konzernierungen und Kapitalflehlleitungen sowie die in ihrer Folge eintretenden Betriebsstörungen und Leerläufe haben die industrielle Rentabilität stark herabgesetzt. Diesen Zustand will man ändern, und zwar auf Kosten der Arbeiterschaft. Wie aus einem Bericht über eine Sitzung des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie hervorgeht, soll die Rentabilität der industriellen Betriebe dadurch wieder hergestellt werden, daß vor allen Dingen auf dem Gebiete der Arbeitsbedingungen ein Zustand geschaffen wird, der freie Vereinbarungen über Arbeitslohn und Arbeitszeit ermöglicht. Das heißt nichts anderes, als Beseitigung oder Inhaltslosmachung der Tarife, Herabdrückung der Löhne und Gehälter sowie Verlängerung der Arbeitszeit. Was fragen die Unternehmer danach, wie sich bei Verwirklichung dieser aberwichtigen Absichten die Wirtschaftslage gestaltet, wenn nur ihr Profit dadurch eine Erhöhung erfährt!

Bei dieser antisozialen und wirtschaftsfeindlichen Einstellung kann es daher nicht überraschen, daß die Unternehmer die Ausrückung des Reichsarbeitsministers als Aufforderung zu einem erneuten allgemeinen Vorstoß gegen die tariflichen Lohnfestsetzungen betrachteten und zum Ablauf auf den 30. April massenhafte Kündigungen von Tarifverträgen vornahmen. Gefündigt wurden fast ausnahmslos die Tarifverträge im Holzgewerbe, in der Bauwirtschaft, im graphischen Gewerbe und der Landwirtschaft. Mit den mangels einer Kündigungsbestimmung zu dem genannten Termin ablaufenden Tarifverträgen waren bereits Anfang April Mantel- und Tarifverträge für 6,4 Millionen Arbeitskräfte gekündigt. Wie viele Kündigungen folgten, ist leider noch nicht feststellbar. Seither sind aber, besonders im Baugewerbe, die Schlichtungsausschüsse in angelegentlichster Tätigkeit und sie tragen bezeichnenderweise in ihren Schiedsprüchen den Wünschen der Unternehmer weitestgehend Rechnung. Teilweise gehen die Schiedsprüche im Lohnabbau bis zu 24,2 v. H. hinauf. Von einer Würdigung der besonderen Verhältnisse der Arbeiter ist bei diesen Schlichtungsverfahren keine Rede mehr. Die Schlichter haben von oben ihre Instruktion: Die Löhne müssen herunter!

Unter diesen Umständen verliert das Schlichtungswesen für die Arbeiter immer mehr an Wert und Bedeutung. Schließlich bleibt ihnen nichts anderes übrig, als hierauf zu verzichten und zur Selbsthilfe zu greifen. In verschiedenen Fällen ist das bereits geschehen. Das wollen die Unternehmer, weil ihnen die Wirtschaftslage günstig erscheint, um auf diese Weise von dem Schlichtungswesen wie von den tariflichen Bindungen freizukommen; werden ihre Lohnabbauwünsche doch selbst durch die für die Arbeiter rigorossten Schiedsprüche nicht befriedigt. Sie kennen für die Arbeiter keine unterste Lohngrenze, selbst dann nicht, wenn der Arbeiter zum recht- und willenslosen Kuli auf niedrigerer Lebenshaltung herabgedrückt wird, wie es ihnen die Nazis für das kommende Dritte Reich in Aussicht stellen. Die Gebuld der Arbeiter wird so auf eine harte Probe gestellt. Dennoch dürfen sie in dieser schwierigen Zeit den Mut nicht verlieren und müssen sich nach Kräften dafür rüsten, die ihnen gegenwärtig von den Unternehmern mittels der Hungerpeitsche verhängten Schläge bei sich hoffentlich in absehbarer Zeit bietenden Gelegenheit gründlich heimzuzahlen! Mtt.

Teilweise Arbeitslosenunterstützung

Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat, wer arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos ist, wer die Anwartschaftszeit erfüllt hat und schließlich wer den Anspruch auf Unterstützung noch nicht erschöpft hat. Neben dieser Grundbestimmung gelten noch verschiedentlich Sondervorschriften. So befaßt eine derselben in Bezug auf jugendliche Arbeitslose: „Arbeitslose, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, haben Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nur, soweit der erforderliche Lebensunterhalt nicht durch einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch gewährleistet ist.“ Diese einschränkende Bestimmung wurde durch die Notverordnung vom Juli 1930 in das Gesetz eingefügt. Die Vorschrift ist durch fast alle erschienenen Notverordnungen geändert worden. Veränderungen hat vor allen Dingen die Altersgrenze erfahren, die anfangs auf das 17., dann auf das 16. und schließlich auf das 21. Lebensjahr festgesetzt worden ist. Zuletzt ist die Vorschrift durch die Notverordnung vom Oktober 1931 geändert worden. Jugendliche Arbeitslose unter 21 Jahren erhalten demnach die Unterstützung nur unter erswerenden Umständen, auch wenn sie fast alle vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt haben. Die Unterstützung steht ihnen nur zu, soweit ihnen der erforderliche Lebensunterhalt nicht durch einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch gewährleistet ist. Der Sinn dieser Vorschrift ist der, daß ihm dann keine Unterstützung gewährt wird, wenn er infolge eines familienrechtlichen Unterhaltsanspruchs unterhalten wird. Von Wichtigkeit ist nun, was unter diesem „familienrechtlichen Unterhaltsanspruch“ zu verstehen ist. In Frage kommen die Bestimmungen des „Bürgerlichen

Gesetzbuches“ (§ 1601 u. fgd.). Als Grundsatz gilt hier der, daß Verwandte in gerader Linie verpflichtet sind, einander Unterhalt zu gewähren. Auf die feineren Vorschriften dieser Unterhaltspflicht und auch auf die der damit zusammenhängenden Unterhaltsberechtigung kann hier leider nicht weiter eingegangen werden. Erwähnt sei hier nur, daß die Eltern verpflichtet sind, ihren Kindern Unterhalt zu gewähren. Eltern, die bei Berücksichtigung ihrer sonstigen Verpflichtungen an sich außerstande sind, ohne Gefährdung ihres standesgemäßen Unterhalts den Unterhalt zu gewähren, müssen ihren Kindern gegenüber alle verfügbaren Mittel zu ihrem und der Kinder Unterhalt gleichmäßig verwenden; diese Verpflichtung tritt aber nicht ein, wenn ein anderer unterhaltspflichtiger Verwandter vorhanden ist, ferner auch nicht einem Kinde gegenüber, dessen Unterhalt aus dem Stamme seines Vermögens bestritten werden kann. Das Reichsversicherungsamt hat unterm 19. Dezember 1930 in dieser Frage eine sehr wichtige Entscheidung gefällt. Es heißt in derselben: „Die Unterstützungseinstellung für jugendliche (§ 87 WVG.) findet jedenfalls dann keine Anwendung, wenn die den Eltern des Arbeitslosen zur Verfügung stehenden Mittel zur Bestreitung des gemeinsamen notdürftigen Unterhalts nicht ausreichen und andere unterhaltspflichtige nicht vorhanden sind.“ Diese Entscheidung besagt, daß der familienrechtliche Unterhaltsanspruch dann nicht gewährleistet ist, wenn die den Eltern des Arbeitslosen zur Verfügung stehenden Mittel zur Bestreitung des gemeinsamen notdürftigen Unterhalts nicht ausreichen und andere unterhaltspflichtige nicht vorhanden sind. Und um eine gleichmäßige Beurteilung der Frage sicherzustellen, so heißt es in dem Schreiben des Präsidenten weiter, wenn ein Unterhaltsanspruch verwirklicht werden kann, haben die Grundsätze bei der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenunterstützung zu gelten.

Können die Eltern den Unterhalt nicht gewähren, heißt es in der Begründung zu der wiedergegebenen Entscheidung, so hat der bei seinen Eltern nicht den Rückhalt, der den Wegfall der Arbeitslosenunterstützung rechtfertigen würde. Die Vorschrift des § 87 sieht weiter vor, daß die Unterstützung nicht gewährt wird, soweit dem Jugendlichen der Unterhaltsanspruch gewährleistet ist. Es muß hier in Frage auftauchen, was dann geschieht, wenn der Arbeitslose nur einen teilweisen Unterhalt von seinen Eltern oder sonstigen Verwandten erhält. In dieser Streitfrage hat das Reichsversicherungsamt am 20. November 1931 folgende Entscheidung gefällt: „Nach § 87 des WVG. ist, wenn der erforderliche Lebensunterhalt nicht voll gewährleistet ist, die Gewährung einer teilweisen Arbeitslosenunterstützung zulässig.“ In der amtlichen Begründung zu der Entscheidung heißt es hierzu erklärend: „Die Gewährung der Unterstützung an Jugendliche wird nach dem Gesetz von einer gewissen Bedürftigkeit des Arbeitslosen abhängig gemacht. Liegt nur eine teilweise Bedürftigkeit vor, so ist demnach auch nur eine teilweise Gewährung von Unterstützung gerechtfertigt. Wenn der Arbeitslose von seinen Eltern freie Unterkunft erhält, so hat er hierdurch einen gewissen beachtlichen Rückhalt an seiner Familie und einen Vermögensvorteil, der als Teil des Lebensunterhaltes im Sinne des § 87 WVG. gewertet werden muß.“ Es ist nach dieser Entscheidung also zulässig, daß dem jugendlichen Arbeitslosen nur eine teilweise Unterstützung gewährt wird. Kl—s.

Stegerwald ist eine Tragödie für die deutsche Wirtschaft

Die Verelendung der Arbeiterklasse scheint ihren tiefsten Punkt noch nicht erreicht zu haben. Noch immer werden Maßnahmen zwecks Senkung der Löhne getroffen, ohne daß die Wirtschaft dadurch irgendwie einen Vorteil erzielte. Was hat man uns alles für günstige Wirkungen durch die Lohn- und Gehaltsentsetzungen versprochen? Das Resultat zeigt sich darin, daß der Arbeitsmarkt selbst im Frühjahr eine nur ganz geringe Entlastung erfährt. In der Nr. 204 des „Vorwärts“ stellt Anton Erkelenz fest, daß wir uns auf dem Wege des kollektiven Selbstmordes befinden. Er geht aus von dem Tatsachennachweis, daß die deutschen Löhne zu keiner Zeit seit 1924 überhöht waren, daß die Lohnbelastung je Stück, je Tonne usw. in den letzten Jahren geringer war als 1913. Und als Beispiel führt er an, daß in dem Vorkrieg-Werk die Produktion auf den Kopf der beschäftigten Arbeiter von 5700 M. im Jahre 1929 auf 12 400 M. im Jahre 1931 gestiegen ist. Der erhöhte Produktionswert um das Doppelte stand eine geringe Vermehrung des Verdienstes gegenüber. Die ganze Arbeitgebelwelt, so führt Erkelenz weiter aus, einschließlich des Reichsarbeitsministers, halten die Senkung der Löhne als eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, in Wirklichkeit ist es ein volkswirtschaftlicher Irrtum. Wörtlich heißt es:

„Bei dem Minister ist das um so tragischer, weil er als ehemaliger Brentanoführer es besser wissen müßte, wenigstens soweit der volkswirtschaftliche Irrtum in Frage steht. Brentano schrieb in der Krise 1873 gegen die von dem preussischen Finanzminister Camphausen geforderten Lohnsenkungen seine Schrift: „Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsleistung“, 1932 sieht ein Brentanoführer als Minister in den Lohnsenkungen einen Weg zur Gesundung der Wirtschaft! Die Menschheit ist vergeßlich. Und Stegerwald ist eine Tragödie für die deutsche Wirtschaft, gerade weil er energisch und mutig ist.“

Diese Ausführungen kann man reiflos unterschreiben. Die Verschlechterung der Kaufkraft durch Lohnsenkungen ist nicht nur ein volkswirtschaftlicher Irrtum, sondern ein großes Verbrechen. Eine Politik in dieser Richtung führt zum kollektiven Selbstmord.

Erkelenz trifft das Richtige, wenn er den Engländer Kennes folgendermaßen zitiert: „Wenn wir Sparbarkeit auf allen Gebieten zu ihrer logischen Konsequenz durchführen, werden wir schließlich finden, daß wir das Budget auf beiden Seiten mit Null balanciert haben, und werden dann alle platt auf dem Rücken liegen, weil wir vor Hunger sterben!“ Die Lohnsenkungsmaßnahmen waren ein Experiment, das den Niedergang der deutschen Wirtschaft verschärfte. Angesichts dieser offensichtlichen Tatsache wäre eine Umkehr das dringendste Gebot der Stunde. Es ist ein hartes Urteil über Stegerwald, wenn man ihn als eine Tragödie für die deutsche Wirtschaft bezeichnet. Aber diese Feststellung ist berechtigt. Entschlossene Umkehr auf diesem falschen Wege könnte vieles bessern.

Albert Thomas

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, starb plötzlich am 8. Mai. In einem Pariser Restaurant verstarb er, wo er, durch ein Unwohlsein veranlaßt, eingekerkert war. Er hat nur ein Alter von 54 Jahren erreicht. In der zwölfsährigen Wirksamkeit als Leiter des Internationalen Arbeitsamts war er zum stärksten Faktor der internationalen Sozialpolitik geworden. Nur den ungewöhnlichen Fähigkeiten, Begabungen und Veranlagungen eines Albert Thomas war es möglich, aus dem Internationalen Arbeitsamt das zu machen, was es geworden ist. Nach dem Pariser Friedensvertrag sollte ein Amt geschaffen werden, welches sich mit den sozialen Problemen in überstaatlichem Maße beschäftigen sollte. Noch war die Welt durch den furchtbaren Krieg zerrissen. Die Völker standen sich feindselig gegenüber. In ein internationales Zusammenarbeiten war kaum zu denken. In dieser Situation wurde Albert Thomas an die Spitze dieses Amtes berufen. Er sollte sich in den verwickelten Schwierigkeiten zurechtfinden, seine Aufgabe war es, einem theoretischen Plan, für den es weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart irgendwelche vergleichbare Beispiele gab, Leben zu geben. Mit dem ihm eigenen Eifer und einer nie ermüdenden Arbeitskraft hat sich Albert Thomas der neuen Aufgabe gewidmet. Das I.A. ist im Laufe der Jahre zu einem starken Faktor im Zusammenwirken der Völker geworden. Man bedenke, daß diese beratenden und beschließenden Körperschaften aus Gewerkschaftsvertretern, Vertretern der Unternehmerverbände und den Vertretern der Regierungen gebildet werden. Zwischen diesen Gruppen mußte der Direktor mit Erfolg zu vermitteln versuchen, um zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Die Schriften des I.A. legen von der Tätigkeit dieser internationalen Behörde Zeugnis ab.

In rastlosem Eifer versuchte Thomas die Beschüsse seines Amtes in allen Ländern zur Durchführung zu bringen. Von Jahr zu Jahr konnte er mitteilen, daß die Zahl der genannten Ratifikationen der einzelnen Gelehten größer und größer wurde. Dabei ist die Verschiedenheit der Länder zu beachten. Ein Land wie Uruguay ist etwas ganz anderes als ein hochentwickeltes Industriestaat Europas. Und doch mußte versucht werden, die Grundsätze der Sozialpolitik in allen Ländern zur Durchführung zu bringen. Die zahlreichen Reisen des Leiters der internationalen Sozialbehörde haben ihn von Gegnern den Spitznamen „der ewige Jude der Sozialpolitik“ eingebracht. Thomas war im wahren Sinne des Wortes international, trotzdem er in seinem Wesen Franzose geblieben ist. Uns Deutschen ist er kein Fremder. Er hat in Deutschland eine Zeit studiert, ist sehr oft hier gewesen und hat in vielen Versammlungen und Konferenzen das Wort genommen. Er hatte es sich zur Aufgabe gesetzt, die beiden Länder Deutschland und Frankreich zusammenzubringen auf der Linie friedlicher Verständigung. Die Tätigkeit dieses Mannes auf diesem Gebiete ist von Erfolg begleitet gewesen. Große Aufgaben standen ihm bevor. Als Staatsmann von großem Format waren ihm in Frankreich namentlich nach dem Ausgang der letzten Wahlen alle Türen geöffnet. Es ist eine Tragik, daß dieser Mann am Tage der Kammerwahlen, die eine starke Linksmehrheit brachten, starb.

Mit der ihm innewohnenden Energie hat sich Thomas in den letzten Monaten seines Lebens der internationalen Arbeitsbeschaffung angenommen. Er war sich der Gefahr bewußt, die das Heer der 25 Millionen Arbeitslosen in der Welt bedeutet. In der ersten Mai-Nummer der „Sozialen Praxis“ hat Albert Thomas in meisterhafter Weise aufgezeigt, welche Maßnahmen ergriffen werden müßten, um den Millionen Hand- und Kopfarbeitern der Welt wieder Beschäftigung zu geben. In der Einleitung des Artikels sprach er von der erheblichen Bedeutung der unmittelbaren und mittelbaren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, „eine Bedeutung, groß genug, um den Kampf zu rechtfertigen, den der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes seit mehr als Jahresfrist für diesen Gedanken führt.“ In der Tat war es ein Kampf, den Thomas gegen all die Widerstände führen mußte, die seinem großzügigen Programm entgegenstanden. Und gerade in dem Augenblick, als er sich dieserhalb wiederum auf eine Reise begeben wollte, überraschte ihn der Tod. Es ist schlecht vorstellbar, wer das hinterlassene Werk dieses unermüdeten Kämpfers fortführen soll. Von dem Sohn eines kleinen Bäckermeisters der französischen Provinz war Thomas zu einem der größten Staatsmänner und Sozialpolitiker der Welt geworden. Ein starkes soziales Empfinden, das tiefste Mitgefühl für die leidende Menschheit hat Thomas zu den höchsten Leistungen angepornt. Ein Beweis dafür, welche Kräfte die sozialistische Bewegung hervorzubringen vermag. Möge der Verstorbene einen gleichstarken Nachfolger finden. Albert Thomas wird aber immer als einer der Größten der internationalen Arbeiterbewegung genannt werden.

Ueber „merkwürdige Steine“

berichtete „Der Steinarbeiter“ im vergangenen Jahr. Es handelte sich um glühend gemachte Steine, die von Bewohnern der Inseln in der Südpazifik beschritten werden können. Die Natur dieser Steine ist bis heute noch nicht bekannt. Interessant ist nun, was Dr. E. Schulz-Ewerth, der erst vor zwei Jahren Forschungsreisen in jenen Gebieten unternahm, darüber berichtet. In Raiatea auf der gleichnamigen Südpazifikinsel hat sich aus heidnischer Zeit ein eigenartiger Ritus erhalten, das Feuerlaufen. Eine einzige Sippe nur, deren Ahnen Priester oder Medizinmänner waren, besaß sich damit und wird im ganzen Archipel als erbliche Hüterin des Geheimnisses allseitig anerkannt. Die Passagiere eines gerade einlaufenden Dampfers hatten davon gehört und waren begierig, das Schauspiel zu sehen. Ich schloß mich ihnen an, und wir verhandelten mit dem zuständigen Häuptling, einem feinalten, hageren, trübsüchtigen Mann. Nach einigem Hin und Her war er bereit, für ein Honorar von fünf Pfund Sterling, das wir durch Sammlung unter uns aufbrachten, uns die Zeremonie durch seinen Sohn vorzuführen zu lassen. Die Vorbereitungen begannen, da die Zeit drängte, ohne Verzug mit der Ausbebung einer flachen, zwölf Schritt langen Grube. Darin wurden Feuerholz und Steine angehäuft und das Holz dann in Brand gesetzt. Als der Haufen in hellen Flammen stand, wurde die Grube mit Erde zugedeckt, so daß das Holz nur langsam schmelte. Durch Löcher in der Erddede erhielt der Herd wie ein Kohlenmeiler die nötige Luftzufuhr. Hierauf wurden wir eingeladen, am Nachmittag des folgenden Tages wiederzukommen. Gespannt verammelten wir uns vierundzwanzig Stunden später und fanden den Schauspiel verändert. Die Grube war geöffnet und ihr Boden mit den jetzt rotglühenden Steinen bedeckt, die eine beträchtliche Hitze ausstrahlten. Das Holz war zu Asche verbrannt; nur einige besonders starke Aeste lagen verkohlt an den Längsseiten der Grube. Der Häuptlingssohn, ein Mann von etwa dreißig Jahren, erschien. Aus Rücksicht auf die fremden Gäste hatte er den „Mareu“ — so heißt hierzulande der Lebenskurz — abgelegt und Sack und Hufe angezogen. Ich glaube, die alte Nationaltracht wäre stimmungsvoller gewesen. Im übrigen trug er auf dem Kopfe einen Kranz und in der Hand ein Bündel von Blättern des „Ti-Straudes“ (Cordylone). Mit diesen peitschte er dreimal die Erde, murmelte einige unverständliche Worte — wahrscheinlich sollte es eine Zauberformel sein — und wandelte darauf langsam mit bloßen Füßen über die glühende Steinlage dahin. Am andern Ende angelangt, wiederholte er seinen Hofopfer und ging denselben Weg wieder zurück. Er wies uns seine Fußsohlen — sie waren völlig unverfehrt. Wir wären keine Europäer gewesen, wenn wir uns nicht sofort den Vorgang zu erklären ver-

sucht hätten. Die meisten rieten auf die diden Schwielen, die die Gewerkszeuge der barfüßigen Polynesier nach unten schüben. Andere mutmaßten eine Imprägnierung mit einem Pflanzensaft oder dergleichen. Noch andere sagten mit bedeutsamem Blick: Okkultismus! und erinnerten an die Vorführungen von Fakiren und Dervischen. Das Geheimnis scheint mir jedoch darin zu beruhen, daß die zu dem Mirakel benutzten Steine Basalt- oder Lavafelsen von sehr poröser Struktur sind. Die Hitze kann daher an den Berührungspunkten nicht sehr intensiv sein, und die Berührung währt jedesmal höchstens eine Sekunde. Durch Zufall muß in alten Zeiten ein Priester hinter das Phänomen gekommen sein, und er hatte nichts eiligeres zu tun, als sich damit öffentlich zu zeigen und zu brüsten, auf daß die staunende Menge daraus ersehen könne, daß er im Besitz übernatürlicher, dämonischer Kräfte sei. Dies war meine Theorie. Inzwischen hatte weder ich selbst, noch ein anderer Lust, ihre Richtigkeit durch ein Experiment mit der eigenen Haut zu erproben. Das Mytherium blieb also schleierhaft. Dagegen ergibt sich für den Ethnologen noch ein Rätsel aus der Tatsache, daß der Feuerlauf in Ozeanien sonst nur noch auf der Insel Kandavu im Fidjisch-Archipel und außerdem bei einem der vielen Stämme der ostindischen Halbinsel ausgeübt wird. Haben nun drei Menschen, jeder für sich, dieselbe Entdeckung gemacht, oder haben die Südpazifikinsulaner den Trick aus der indischen Arzheimat mitgebracht? Letzterenfalls bliebe ungeklärt, warum der Feuerlauf nur auf den beiden, Tausende von Seemeilen voneinander entfernten Inseln Raiatea und Kandavu bekannt ist. — Dr. Schulz-Ewerth hat also auch nicht das sonderbare Geheimnis aufzuklären vermocht; er konnte seine Theorie nicht einwandfrei begründen. Im Gegenteil hat er die Forschung noch erschwert, indem er behauptet, daß man den Feuerlauf nur an drei Stellen in Ozeanien kenne und ausführe. Es ist dies jedenfalls eine Behauptung, die auch nicht stichhaltig sein dürfte. Denn wenn ein Trick dahintersteckt, der sich allein auf die Auswahl der Steine bezieht, müßten dies solche Steine sein, die zufällig gerade nur an diesen drei Punkten vorkämen. Sonderbar bleibt die Sache jedenfalls, und richtig zu erklären wird sie schließlich auch wohl sein.

Die bretonischen Steinplattenhäuser

Die Bretagne ist eine große, nordwestliche Halbinsel Frankreichs, die im Altertum den Mittelpunkt des amorischen Völkerbundes bildete, also von rein keltischen und kymrischen Stämmen bewohnt war. In diese Zeiten erinnern noch heute außer der großen Zahl roher Denkmäler die eigentümliche Sprache der Bretonen und die sonderbaren Bauten aus großen, ungefügten und ungeglätteten Steinplatten, die oftmals mit einem einzigen solcher Steine eine

ganze Wandfläche der alten Wohnhäuser darstellen. Die Küsten der Bretagne im Westen und teilweise auch im Norden sind steil, düster und von tief eindringenden Buchten arg zerrissen, so daß zahlreiche Halbinseln weit ins Meer vordringen. Vor dem Felsenraum zieht sich ein schmaler Landstrich hin, der nach Osten zu breiter und marzig wird. Im Innern ist die Halbinsel, deren Boden Granit und Schiefer bilden, ein rauhes Bergland, das durch eine tiefe Einsenkung in zwei Plateaus getrennt und von rauhen Felsenkammen mit tiefen Schluchten durchzogen wird. Die eigentümlich abgeschlossene Lage, die innere Zerklüftung und wechselnde Fruchtbarkeit, die Notwendigkeit zu ausgebreiteter Seetätigkeit sowie die düstere Landesnatur spiegeln sich in dem Charakter des einzelnen Bewohners wie in der Geschichte des ganzen Volkes getreulich ab. Uralte Keltenerinnerungen sind heute noch im Lande wach und sie werden immer wieder frisch erhalten durch die steinernen Denkmäler aus den grauen Vorzeiten, die auf den Druidenkult der alten Vorfahren hinweisen. Ein Hauptstück der Druiden war die Insel Serin, und wohl am reinsten hat sich die alte bretonische Sprache mit ihren keltischen Ausdrücken auf der Insel Quessant erhalten. Die ganze Bretagne ist mit Steinäulen gerabugt überfüllt, die als rohe Denkmäler des Druidentums anzupreisen sind, aber leider trotz aller bisher angestellten Forschungen uns wenig aus der Vorzeit überliefern. Bei dem Dorfe Carnac zum Beispiel stehen viele in merkwürdigen Reihen aufgestellte Steindenkmäler; es sind rund fünftausend Säulen auf einer weiten und wüsten Ebene. Man nennt diese Säulen dort Menhirs und mutmaßt, daß sie sicherlich die Ueberreste eines großen religiösen Heiligtums des Druidentums darstellen, vielleicht gar als die alten Reste eines riesigen Druidentempels anzusehen sind. Solcher Menhirs gibt es aber in der Bretagne noch überall unzählige verstreut in den Bergen und Schluchten, meist in der Nähe von alten Ortschaften, deren Entstehung sich überhaupt nicht mehr nachweisen läßt. Sie sind sich aber alle durchweg ziemlich ähnlich und passen sich der düsteren Landschaft ungenau an. So hat auch der Bretonen eine melancholische Gemütsstimmung, ein sehr zurückhaltendes Wesen, aber auch oft große Leidenschaftlichkeit, verborgen hinter äußerer Ruhe und Hüflosigkeit. Im übrigen ist er ein fühner Seefahrer, ein tapferer Soldat und Draufgänger, gastfrei und redlich unter gewöhnlichen Verhältnissen des Lebens, aber auch stolz auf seine Abkunft und starr am Alten hängend, und im Widerstand ebenso hartnäckig und blind als furchtlos und unbezähmbar. Die Liebe zur Heimat gibt sich bei dem Bretonen mit der Energie einer Leidenschaft fund, die ihresgleichen sucht. Jeder Mensch, der nicht Bretonen ist, selbst der Franzose oder der Gallo, wie er von ihnen genannt wird, ist ihnen ein vollkommener Fremder. Ihre Volkslieder und Volkslagen sind ihnen ans Herz gewachsen. Noch zeigt man den Wald Brezilian,

Wenn sie dich schmähen und wenn sie dich schelten,
Widerprüch nicht mit hügigem Blut,
Schweig und schaffe was schön und gut,
So wirst du zuletzt doch Recht behalten.

Aus dem Verband für den Verband

Der große Mann geht seiner Zeit voraus,
Der Kluge geht mit ihr auf allen Wegen,
Der Schlaupkopff deutet sie gehörig aus,
Der Dummkopff stellt sich ihr entgegen.

Wer keinen Fußtritt spüren will im Rücken, muß sich nicht bücken

Die Arbeitslosigkeit im Steinarbeiterverband Ende April 1932

Die Zählung umfaßt 714 Zahlstellen mit 42 478 Mitgliedern. 10 Zahlstellen mit 1924 Mitgliedern konnten nicht erfaßt werden. Es wurden 31 356 arbeitslose Kollegen ermittelt, das sind 73,8 Prozent der von der Zählung erfaßten Kollegen. Im Vormonat betrug die Arbeitslosigkeit 80,7 Prozent.

Nach den Hauptberufsgruppen ergibt sich folgendes Bild:

Gruppe	Gemeldete Mitglieder	davon arbeitslos in Zahlen	v. H.	Im Vormonat v. H.
Steinarbeiter	30 102	21 680	72,0	78,6
Steinseger . . .	12 376	9 676	78,2	86,0

Auf die einzelnen Landesarbeitsämter verteilt sich die Arbeitslosigkeit wie folgt:

Landesarbeitsamtsbezirk	Insgesamt		Steinarbeiter		Steinseger	
	April v. H.	März v. H.	April v. H.	März v. H.	April v. H.	März v. H.
Rheinland	84,3	86,7	83,4	87,2	88,6	84,5
Westfalen	83,8	87,9	77,3	83,7	88,6	91,1
Ostpreußen	81,2	91,2	75,8	82,7	83,1	95,0
Mitteldeutschland	79,2	86,2	76,2	86,9	83,0	86,3
Niedersachsen	76,9	79,0	76,4	82,0	77,3	75,9
Schlesien	75,4	83,3	74,3	80,2	80,0	95,4
Nordmark	75,3	79,0	63,6	70,4	79,8	83,1
Südwestdeutschland	74,5	82,7	74,7	82,7	58,8	82,3
Sachsen	74,3	79,1	73,8	78,4	77,7	84,5
Hessen	69,2	77,5	65,6	73,0	81,5	93,2
Bayern	68,1	75,8	66,7	74,4	84,6	90,5
Pommern	67,5	87,8	38,8	65,9	74,5	93,4
Brandenburg	66,5	77,2	67,8	75,7	65,9	77,9
Reichsgebiet	73,8	80,7	72,0	78,6	78,2	86,0
1931	57,8	67,1	57,6	64,6	58,2	73,6
1930	41,4	48,4				
1929	11,7	32,8				
1928	4,1	8,4				

Der Rückgang der Gesamt-Arbeitslosenziffer ist noch immer so gering, daß unsere Hoffnung auf eine frühere Verwirklichung der seit langem zur Beratung stehenden Arbeitsbeschaffungsprogramme sich als trügerisch erwiesen hat. Zwar ist inzwischen die sogenannte Arbeitsbeschaffungsanleihe beschlossene worden, doch wird auch hierüber wieder geraume Zeit vergehen, ehe sich ihre Auswirkung durch eine weitestehende Verbesserung des Arbeitsmarktes bemerkbar macht. Damit ist eine gewisse Hoffnung aufzuheben geworden, nämlich die, daß es gelingen würde, ohne Abbaumaßnahmen am Unterhaltswesen des Verbandes über das Ende der Krise hinwegzukommen, nachdem der Angestellten- und Gehaltsabbau bereits seit längerer Zeit begonnen hat. (Einige freigewordene Stellen wurden nicht wieder besetzt, zwei mit je einem Angestellten versehenen Bezirke wurden zu einem mit einem Angestellten zusammengelegt.) Soweit unermesslich, wird auf dieser Linie fortgeschritten werden müssen, obgleich wir wissen, wie notwendig gerade in der jetzigen Zeit der zunehmenden Unternehmerwillkür die Wahrnehmung der Mitgliederinteressen durch freigestellte Kollegen ist. Inbessenen vermögen Erparnisse durch das Angestelltenkonto allein nicht dem Verband die Mittel zu erhalten, die er zur Aufrechterhaltung seiner Aktionsfähigkeit, insbesondere zur Abwehr der allgrößten Unternehmerwillkür, benötigt. Die hierzu erforderlichen Mittel können angesichts der geringen Beschäftigungsmöglichkeit und der mit ihr verbundenen geringen Beitragseinnahmen nur durch eine mit den Gehaltseinsparungen usw. einhergehende Beschränkung auf dem Gebiete des gesamten Unterhaltswesens bereitgestellt werden. Näheres hierüber geht den Ortsverwaltungen durch Rundschreiben zu. Doch sei an dieser Stelle schon vorweg bemerkt, daß es sich nur um vorübergehende Notmaßnahmen dreht, deren Wiederaufhebung sich der Verbands-Vorstand angelegen sein lassen wird, sobald es die Verhältnisse erlauben.

Mitglied und Verband

Ein großer Verband ist natürlich nur bei einer großen Zahl von Mitgliedern möglich. Aber das einzelne Mitglied hat doch mehr als Nummer im Verbandsbuch zu sein. 1000 Verbandsbücher bedeuten

der in den bunten Abenteuer der Artussage so oft erwähnt wird. Und noch immer herrscht unter ihnen, wenn auch sehr verdeckt und vor der Kirche ängstlich verborgen, der Glaube an die alten Götter ihrer heidnischen Vorfahren, die sie in den alten Steinfällen, den Menhirs, verehren und die unter den Bezeichnungen von Kurigans und Pulpikans bei allen Kelten bekannt sind. Diese Granitblöcke und Steinsteine, die mit unendlicher Mühe einmal mühen in die Höhe gerichtet worden sein, stellen vermuthlich die Kultstätten der Kurigans und Pulpikans dar, die einst hier ihr Wesen unter den Druidenpriestern trieben und wahrscheinlich höchst mächtig Götter der alten Kelten waren. Ebenso wie diese alten Kelten, wie sie die Meisterlieferung schildert, sind die Bretonen, entgegengelehrt zu dem meist schwarzen Haar der Franzosen oder Gallos, ganz entschieden fast gleichmäßig rothaarig, sowohl Männer wie Frauen. Ganz gleich, ob es Seefahrer, Fischer oder Bauern sind, sie zeigen alle neben dem typischen roten Haar harte, eckige Gesichter und schwerfällige Bewegungen. Dagegen sind die Kostüme der Bretonen sehr mannigfaltig nach den einzelnen Gegenden dieser Halbinsel und je nach der Art der Beschäftigung der Männer und Frauen. Neben dem Fischfang an der Meeresküste betreiben sie noch heute wie von altersher das Sammeln von Seetang zur Gewinnung von Pottasche, die aus dem Verbrennen des Seetangs entsteht. Infolgedessen sind meist die Meeresufer von dichtem Rauch bedeckt. Am sonderbarsten sind aber die Wohnungen der Bretonen in den entlegenen Bezirken, in die noch nicht modernes Getriebe eingebracht ist. Man sieht nichts weiter als Steinhäuser mit Strohdach und Schiffsgerüst, deren Wände keine Fenster haben. Diese Wände bestehen mehr oder weniger nur aus großen Steinplatten, die roh aufgerichtet nebeneinander stehen und deren Zwischenräume mit einem Mörtel verschmiert und mit Moos oder Seetang verstopft sind. Es sind ganz kolossale, rohe Steinplatten, die tief in die Erde versenkt sind und unendliche Zeiten bereits stehen müssen. Hin und wieder sieht man auch zwischen bereits Steinplatten rohes Mauerwerk, ebenfalls aus Steinen primitiv zusammengefügt, selten aus Ziegeln. Die Brunnen und deren Einfassungen, die Säune um die einzelnen Gehöfte und Häuser und Gärten sind alle aus großen, aufgerichteten und zur Hälfte im Erdboden stehenden Granitsteinen in Plattenform hergestellt. Anstatt der Fenster sind hin und wieder Löcher in den Hauswänden eingelassen, die oftmals zugleich als Abzugsöffnung für den Herdrauch dienen müssen. Seltsamer ist eine Art von Schornstein. Die Haustür dient zum Einlaß von Luft und Licht. Und fast alle die zahlreichen Granitsteine, aus denen die Häuser, Säune und Brunnen bestehen, zeigen nur wenig oder eine ganz rohe Bearbeitung und scheinen alle aus der uralten Druidenzeit zu stammen. Ein merkwürdiges Land der Steine und des Altertums.

1000 angeschlossene Menschen. Aber 1000 angeschlossene Menschen, was bedeuten sie? Sie können viel und wenig bedeuten. Ihr Wert hängt von den Energien jedes einzelnen ab. 1000 Menschen, dem Verbandszugehörig, doch jeder ohne starkes persönliches Wollen: es wäre nichts als Mitgliedschaft auf dem Papier. Aber jeder der 1000 ein ganzer Kämpfer. Jeder ein bewußt gewerkschaftlicher Mensch und Energien werden da getragen, gegen die die Zahl 1000 erlahmt.

Das Ganze hat den einzelnen zur Voraussetzung. Ein Verband braucht starke Kämpfermensch. Gemeinschaft und Persönlichkeit sind in ihrem Wesen untrennbar.

Oft werden diese beiden Begriffe falsch verstanden. Gemeinschaft, so sagen die Gegner, sei etwas Undefinierbares, Kernloses, Weichliches, ohne Charakter, Eigenart und Kraft.

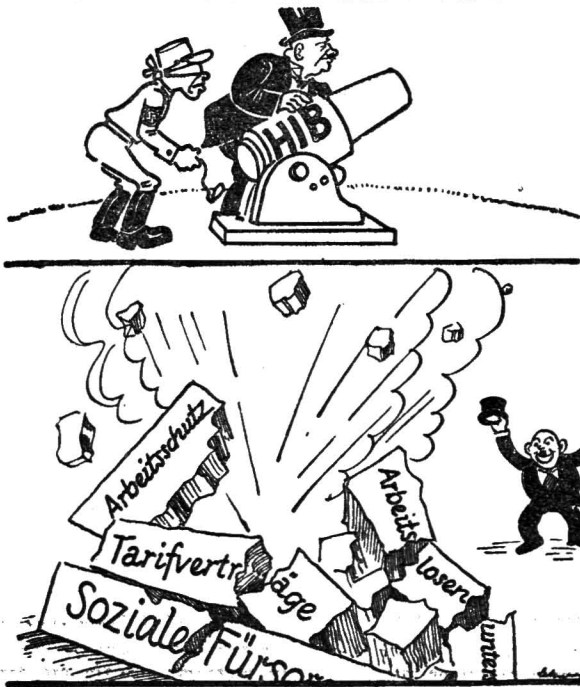
Und Persönlichkeit, so meinen so manche, auch unter uns, sei Individualismus, Vereinzeln.

Beides ist falsch. Gemeinschaft kann nicht ohne Persönlichkeit sein, und die echte Persönlichkeit wieder hat ihr Lebens-element nur in der Gemeinschaft.

Was der Kapitalismus braucht, das ist nicht die Persönlichkeit, sondern der Individualist, der Einzelmensch mit selbstlichem Denken. Er war der Mensch, wie ihn die bisherige ökonomische Entwicklung hervorgebracht hat, und nur hin und wieder reichte sich auch ein einsamer persönlicher Mensch mit unabhängigem, freiem, gemeinschaftlichem Wollen aus den Zeiten heraus.

Doch die wirtschaftliche Wende der Geschichte, die wir heute erleben, bringt auch den neuen Menschen, wie ihn die Zukunft

Das wahre Ziel der Nazis!



Nazi-Heke gegen Erwerbslose

In der als parteiamtliche Schrift gekennzeichneten Broschüre 'Wirtschaftschaos oder geordnete Volkswirtschaft?' von Silesius (Seit 28 der 'Nationalsozialistischen Bibliothek') wird auf Seite 29 wieder einmal gegen die Arbeitslosenversicherung geheißt. Es heißt dort:

„Die Arbeitslosenversicherung ... einer der unfruchtbarsten Zweige der Sozialfürsorge. Gerade hier werden viele Werte relativ nutzlos verschleudert.“

Die Fürsorge für Millionen Erwerbslose, die außer den paar Mark Unterstützung nichts zum Leben haben, ist für diese „Arbeiterfreunde“ eben eine „relativ nutzlose“ Angelegenheit.

braucht. Den freien und brüderlichen Menschen, den Menschen, der Persönlichkeit und Bruder ist.

Und der bedeutsame Prophet dieses neuen Menschentums war zu Beginn des sozialen Jahrhunderts Goethe, der auch in dieser Beziehung vom Gegner zu Unrecht in Anspruch genommen wird. Wir konnten es bei den Goethefeiern erleben: die goethesche „Persönlichkeit“ wurde als bürgerliches Bildungsideal hingestellt.

Die „Persönlichkeit“ Goethes ist der persönliche Mensch der Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Wahrheit. Der Mensch, der nicht nach links sieht und nicht nach rechts, nicht nach Nutzen und Schaden. Die „Persönlichkeit“ Goethes ist der Mensch, der nichts anderem lebt als der Idee.

Der Idee leben! Unentwegt! Von der Idee getragen sein, wo man auch ist, was man auch treibt, in allem. Selbst die Idee sein!

Es ist anders möglich, als daß sich ein Mensch sich mit Gleichgesinnten verbunden fühlt? Daß er sich freudig der Gemeinschaft in solcher Idee gibt? Daß in ihm Gemeinschaft und Persönlichkeit eines ist?

Bisher herrschten Interessen im Leben. Es gab keine bindende sittliche Kraft. Durch die Wirtschaftsordnung ist die Welt zerfallen in Klassen und Gruppen, in Hoch und Niedrig, Verschwendung und Not. Da konnte weder Gemeinschaft noch Persönlichkeit sein.

Das aber ist das Große des Menschentums, das da mit unserem Wirtschaftsgedanken heraussteigt aus der Zeit, daß Mensch und Menschen sich finden, daß die Idee uns eint, daß ein Ziel der Wahrheit jeden zum freien und freudigen Kämpfer macht, der es geradezu als Bedürfnis empfindet, sich den Brüdern dieser Idee zu schenken, mit ihnen zusammenzustehen und ein Freier unter Gleichen, ein Bruder unter Freien zu sein.

Und darin ist die ungeheure historische Kraft des gewerkschaftlichen Kampfes begründet. Die Ethik der Geschichte ringt in ihm. Er bindet mit seiner Wirtschaftsgestaltung den sittlichen Sinn, zu dem die Entwicklung drängt, durch alle Jahrhunderte.

Kampf dem Selbstischen! Kampf der Wirtschaft, die auf Selbstisches eingestellt ist! Alles für alle! Jeder frei und alle vereint als Brüder in Freiheit! Als Mitglied zugleich kämpfender Mensch! Mitgliedschaft erfüllt vom Heiligen Glauben und der Wahrheit! Mitgliedschaft erfüllt vom Heiligen Glauben der Idee! Und so der Verband! Nicht von Nummern zusammengehalten, sondern durchglüht vom Glauben an höchstes Menschentum! Persönlichkeiten einer Liebe! Liebe an Millionen Herzen freudig geschenkt!

Die Gemeinschaft der Zukunft hat ihre Wurzel in der freien Seele jedes einzelnen, so wie die Gewerkschaftsbewegung zu solchem Ziele ihre Energien aus dem gewerkschaftlichen Menschentum jedes Mitglieds schöpft.

„Der Steinarbeiter“, unsere Verbandszeitung, wird den einzelnen Verbandszahlstellen fast durchweg in örtlichen Exemplaren mehr zugestellt, als durch Mitgliedernachweisung auf den örtlichen Quartalsabrechnungen an den Verbandsvorstand den Zahlstellen zustehen. Dadurch werden die einzelnen Verbandsorte nicht etwa der Pflicht entzogen, ihren Bezug nach der tatsächlichen Mitgliederzahl bei der Verbandsstelle in Leipzig von Zeit zu Zeit zu regulieren. Das „Mehr“ in der Zustellung soll Verwendung finden in der Agitation für den Verband und darf auf keinen Fall aufgestapelt beim örtlichen Zeitungsempfänger liegenbleiben. Wo am Ort die überschüssigen Exemplare keine Verwendung im Sinne unserer Bestrebungen finden, muß Abbestellung erfolgen.

Der Verband hat augenblicklich 724 Zahlstellen, wird nun zum Beispiel angenommen, daß nach jedem Ort 3 bis 5 Exemplare mehr gesandt werden, dann zeigt sich diese Mehrzahl in dem eine tausend größeren Auflage. Es handelt sich hier nicht um kleinliche Knauerei, wenn auf den Mehrbezug verwiesen wird, sondern der Hinweis möchte die Zahlstellenvorstände und die Zeitungsempfänger anhalten, die überschüssigen Exemplare auch entsprechend zu verwerten.

Die Zustellung des „Steinarbeiter“ an die einzelnen Kollegen am Ort ist noch nicht überall in der gewünschten Art vollzogen. Noch immer wird hier und da die Verbandszeitung so gelegentlich an die Mitglieder verteilt, ja, es gibt noch Zahlstellen, die nur alle zwei Wochen die Zeitungen weitergeben. Andere Zahlstellen wieder warten, bis jedes Mitglied sich die Zeitung selbst abholt. Das letztere ist gewiß ein Gradmesser des Verbandsinteresses, und es muß schon stark entwickelt sein, wenn die Zeitung regelmäßig abgeholt wird. Bei allen ist das Interesse aber nicht so ausgeprägt wie bei einzelnen, deshalb haben die Zahlstellenvorstände die Pflicht, für pünktliche und regelmäßige Verteilung am Ort sich zu bemühen. Wir wissen, daß es gerade heute bei den mageren örtlichen Kassenverhältnissen gar nicht so einfach ist, zumal alle solche präzis Einrichtungen Kosten verursachen. Die Verbandszeitung ist aber heute das wichtigste Bindemittel der Kollegen zueinander und zur Organisation überaus wichtig, gerade deshalb ist es sehr dringend, dafür zu sorgen, daß wöchentlich jedes örtliche Mitglied seinen „Steinarbeiter“ bekommt und — was dabei die Hauptsache ist — auch gelesen wird. Auch dieses Besondere soll von den Zahlstellenvorständen gepflegt und ständig wahrgesehen werden, wozu natürlich die erste Voraussetzung die pünktliche, regelmäßige, wöchentliche Zustellung ist.

Wir leben in einer zermürbenden Zeit, die natürlich auch den Zusammenhalt lockert. Deshalb besteht für jedes überzeugte Verbandsmitglied die Pflicht, zur Festigung des Zusammenhaltes beizutragen. Ein durchschlagendes Mittel dazu ist die Zustellung und das Lesen des „Steinarbeiter“.

Für die Steinbruchsbezirke im Baprischen Wald wurde als Bezirksleiter am 22. April 1932 der Kollege Michael Heimkreiter von der Verbandsleitung berufen. Der Bezirk mit seinen kümmerlichen Löhnen und schlechten Organisationsverhältnissen erfordert dauernd eine äußerst intensive gewerkschaftliche Arbeit, was natürlich nicht allein von der Gauleitung befragt werden kann. Nach dem tragischen Tod des früheren Bezirksleiters Kollegen Hauptmann am 22. August 1931, war der Bezirk in dieser Beziehung verwaist. Die Rückwirkung auf den Zusammenhalt der Kollegen blieb nicht aus, wozu auch der Wirrwarr in der politischen Auffassung beigetragen hat. Aus diesem Grunde glaubte die Verbandsleitung, trotz der allgemeinen trostlosen beruflichen Lage und der besonderen im Baprischen Wald, es doch nicht verantworten zu können, diesen Bezirk ohne eine angestellte Kraft zu lassen. In dem Kollegen Heimkreiter, der aus dem bekannten Sanitorort Metten stammt; Land und Beruf eingehend kennt, noch in den besten Jahren steht, hat der Verband eine vielversprechende Kraft sich gesichert. Und sehr wesentlich ist, daß der genannte Kollege durch seine bisherige Tätigkeit im Beruf, in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung sich in sehr bewährter hat. Der Sitz ist wieder in Passau vorgesehen; das Bezirksbüro befindet sich im dortigen Gewerkschaftshaus. Die Verbandsleitung ist davon überzeugt, daß die dortigen Zahlstellen und Mitglieder über die Wiederbesetzung der Bezirksleiterfunktion Genugtuung empfinden und nun gemeinsam mit dem Kollegen Heimkreiter für unsere Ideen und Aufgaben wirken, damit der Baprische Wald mit seinen Steinarbeitern die Bedeutung wieder erlangt, die ihm beruflich und organisatorisch eigentlich zusteht. Wir wünschen dem Bezirksleiter Ausdauer und Erfolg und vor allem eine innere Befriedigung in der nicht leichten Verbandsaufgabe in diesem äußersten Winkel der Deutschen Republik.

Lauterbach (Hessen). Am 8. Mai hatten wir eine Mitgliederversammlung und Kollege Neumüller vom Hauptvorstand anwesend. Neumüller schilderte in einem hochwertigen Referat, daß bis heute und auch für die Zukunft das ganze Tun und Wollen im Steinarbeiterverband ein Kampf für die Arbeiterschaft ist. Natürlich ist dieser Kampf durch Krisenzeiten geschwächt worden, am meisten aber dort, wo noch immer die Arbeiter glauben, es ginge ohne Verband. Die Krise im Jahre 1932 war für die Gewerkschaften genau so schwer wie die gegenwärtige; aber sie hat nicht so lange angehalten. Doch nach allen Krisen hat es einen Aufstiege gegeben, so daß der Kampf eine Freude war. Das wollen wir auch nach dieser fürchterlichen Not hoffen. Neumüller schilderte weiter die zustande gekommenen Sparmaßnahmen innerhalb des Verbandes. Zum Schluß forderte der Referent Arbeitsbeschaffung durch Straßenbau und Herabsetzung der Arbeitszeit und von den Kollegen forderte er Zusammenhalt, Mitgliederwerbung, damit wir wieder mit Freude kämpfen können, wie es vor ein paar Jahren auch gewesen ist. Allein sind wir nichts, vereint aber eine Macht. In der Ausprache kritisierte Kollege Blumenthal die gegenwärtige Reichsregierung, die Forderungen der Gewerkschaften nicht beachtet, während die Forderungen der Unternehmer berücksichtigt werden. Die 40-Stunden-Woche mußte schon vor 2 Jahren eingeführt sein, dann hätten wir diesen Winter noch 6 Millionen Arbeitslose gehabt. Hunderttausende finden noch in Arbeit kommen, wenn mit den Doppelverdienern einmal Schluß gemacht würde. Der freiwillige Arbeitsdienst findet bei uns keine Anerkennung, weil damit das Tarifrecht unterhöht wird. Deshalb, Kollegen, sind wir nur stark, wenn wir zusammenhalten; denn an dem feststen Zusammenhalt der Gewerkschaftsmitglieder haben sich alle Vorhaben von rechts und links die Köpfe eingekramt. Kollege Horn zeigte den Weg, wie wir wieder in Arbeit kommen. Die Reichsregierung muß vor allen Dingen Geld zur Verfügung stellen, damit der Straßen- und Wohnungsbau gefördert wird. Auch Kollege Horn erntete Beifall; denn die hiesigen Kollegen wissen, daß Kollege Horn für uns eine Kraft ist, und jedem ist es eine Freude, mit unserem Bezirksleiter zu kämpfen für bessere Zeiten, für Arbeit und Freiheit. Denn im Kampf sind wir groß geworden und nur durch Kampf können wir unser Ziel erreichen. Deshalb, Kollegen in der Steinindustrie, müssen wir zusammenstehen, mag auch kommen, was will.

Dr. G. S.

Rundschau

Gewaltige Einkommensverluste der Lohn- und Gehaltsempfänger. Das Einkommen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland betrug im 1. Vierteljahr 1932 nach Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung 6 1/2 Milliarden. Der Einkommensverlust wird um ein Viertel geringer sein als im 1. Vierteljahr 1931. Gegenüber dem Höhepunkt des Arbeitseinkommens im dritten Vierteljahr 1929 mit 11,3 Milliarden wird das Arbeitseinkommen in den ersten Monaten dieses Jahres um 42 v. H. auf 58 v. H. sinken. Diese Zahlen sind erschreckend. Man merkt es an allen Ecken und Enden, die Verelendung der Arbeiterklasse Deutschlands schreitet im riefigen Umfange fort. Es wird darüber gestritten, ob der Einkommensrückgang die Krise verschärft oder umgekehrt. Kein Zweifel darf aber darüber bestehen, daß das ganze Wirtschaftsleben in eine Stodung geraten muß, wenn der größte Teil der deutschen Bevölkerung, die Lohn- und Gehaltsempfänger, in ihrer Kaufkraft derartig geschwächt werden. Man fragt sich nur, was werden wird, wenn es in diesem Tempo so weiter geht. Bessert sich das Einkommen nicht wesentlich, so dürfte der Einkommensverlust im Jahre 1932 gegenüber 1929 etwa 20 Milliarden betragen. Die Arbeitslosigkeit würde gering oder ganz verschwunden sein, wenn die fehlenden 20 Milliarden als Kaufkraft auf dem Warenmarkt in Erscheinung treten könnten. Was die Gewerkschaften seit Jahren fordern: Einhalt der Lohn- und Gehaltsverluste und Aufbau der inländischen Kaufkraft, ist der einzige Weg zur wirtschaftlichen Gesundung.

Der „Volksfunk“, die anerkannt modernste und bestausgestattete Wochenzeitschrift für alle Radiohörer wohnt in jedem Heft die erfolgreiche Linie. Neben dem großen Europaprogramm, illustrierten Sendeeinführungen und kritischen Betrachtungen wird beste Familienunterhaltung in reichbebilderten und spannend geschriebenen Reportagen geboten. Der Bastelmeister gibt den Freunden der Radiotechnik wie immer wertvolle Fingerzeige. Trotz bester Ausgestaltung in Tiefdruck kostet das 48 Seiten starke Heft im Einzelbezug 25 Pfennig, monatlich 90 Pfennig und 6 Pfennig Zustellgebühr. Der „Volksfunk“ kann bei der Post, von der Buchhandlung oder beim Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, bestellt werden.

Ansprechende Mietentlastung durch Herabsetzung der Hypothekenzinsen. Es ist unseren Kollegen bekannt, daß die vom 1. Januar dieses Jahres an eingetretene Mietentlastung im allgemeinen stark enttäuscht hat und die mit der Lohnsenkung abgegebenen Versprechungen nur in den wenigsten Fällen erfüllt worden sind. Die mit der 4. Notverordnung verfügte Senkung der Hypothekenzinsen, die für die Mietentlastung Voraussetzung war, ist durch die Ausnutzung vieler offengebliebener Möglichkeiten durch Hypothekengläubiger wieder stark abgeschwächt worden. Es werden jetzt von den meisten Realkreditinstituten Verwaltungskostenbeiträge und ähnliche Abgaben erhoben, durch die die Zinssenkung natürlich beeinträchtigt wird. Die Volksfürsorge hat den gesetzlichen Bestimmungen durch deren lokale Anwendung in vollem Maße genügt und dem von der Reichsregierung beabsichtigten Zweck zur Erfüllung verholfen. Sie hat die Zinsätze auf den in der Notverordnung verfügten Satz gesenkt und von der Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrages abgesehen. Diese Maßnahmen geben den vielen Baugeossenschaften, die von der Volksfürsorge Hypotheken für den Kleinwohnungsbau erhalten haben, die Möglichkeit, Senkungen der Mieten in annehmbarer Umfange durchzuführen. Der Verein für Kleinwohnungsweesen in Magdeburg berichtet z. B. in den Mitteilungen des Vereins, daß der Bescheid der Volksfürsorge über die Zinssenkung der erfreulichste war, den er während der gesamten Zinsverhandlungen erhalten hat. Allein dieser Verein kann seinen Mietern durch die Zinssenkung bei der Volksfürsorge 5000 RM. ersparen.

Die Volksfürsorge hatte bei der Kapitalanlage schon immer durch Erhebung niedriger Zinsätze und hoher Auszahlungsquoten darauf gesehen, daß die gemeinnützigen Baugeossenschaften auch p r a e t e r i e Wohnungen erstellen können. Durch die Zinssenkung in vollem Ausmaße ist die Volksfürsorge diesen Bestrebungen weiter nachgegangen, was ihr gewiß neue Freunde und Anhänger bringen wird.

Besserungsercheinungen der Wirtschaft. In dem Bericht der Vereinigung der rheinisch-westfälischen Handelskammern über die Wirtschaftslage im niederrheinisch-westfälischen Industriebezirk wird die Entwicklung einiger Industriezweige wesentlich günstiger beurteilt. Wir lesen dort: „Angefaßt der Berichte über das erste Vierteljahr 1932 will es, bei aller Vorsicht in der Bewertung der in Frage kommenden Umstände, scheinen, als ob man hier und da wieder etwas festeren Boden gewonnen hätte. Wenn auch die

Briefkasten

Arbeitslosigkeit und Kaufvertrag. Die hier und da vertretene Meinung, daß der Eintritt der Arbeitslosigkeit die weitere Erfüllung eines früher abgeschlossenen Kaufvertrages ohne Folgen für den Schuldner unterbinde, ist leider falsch. Arbeitslosigkeit befreit nicht von den Verpflichtungen, die der Käufer im Vertrag übernommen hat. Hierzu gehören die langfristigen Ratenzahlungsverträge ganz besonders; denn sie werden häufig zu einer Zeit abgeschlossen, in der der Käufer noch ausreichend Arbeit hatte und annehmen durfte, die Raten wie vereinbart, zu erfüllen. Leider rächt sich das bitter. Wenn die Lieferfirma hartnäckig bleibt, kann sie den Schuldner sozulegen bis aufs Hemd ausziehen. Zwar wird sie in vielen Fällen praktisch nichts erreichen, als daß sie sich Kosten und dem Schuldner Beunruhigung schafft, aber das hindert viele Firmen nicht, alle möglichen Drummittel anzuwenden, um soviel Geld wie möglich noch herauszupressen. Hier gibt es für den Bestgläubigen nur ein Mittel, um sich zu schützen: er läßt die fruchtlose Pfändung über sich ergehen und geht auch nicht zum Offenbarungseidstermin. Der Gläubiger, der die Kosten für eine etwaige Verhaftung zu tragen hat, wird sich in den allermeisten Fällen schwer hüten, den bestgläubigen Schuldner, von dem er weiß, daß er nichts hat, auch noch auf eigene Kosten verhaften zu lassen.

Mat. In der zweiten Aprilhälfte nahm die Zahl der deutschen Arbeitslosen um 197 000 ab. Ende April waren noch 5 737 000 Arbeitslose vorhanden. Im Monat April hat sich die Arbeitslosigkeit um rund 300 000 vermindert. Eine selbsttätige Verminderung der Arbeitslosigkeit auf weniger als 5 Millionen wird kaum in Erscheinung treten. Die künftliche Arbeitsbeschaffung gewinnt deshalb immer mehr an Bedeutung. Fünf Millionen Arbeitslose im Sommer lassen die Gefahr erkennen, die der deutschen Wirtschaft im Herbst und Winter droht.

S. ? Wie das gemacht werden könnte, mag folgende Schilderung lehren: Das Auge des Gesetzes erpäht auf einer Bank im Park zwei Landstreicher und fährt den einen an: „Was machst du hier?“ Der antwortet: „Nichts!“ „Und du?“ fragt der Schutzmann. „Ich helfe ihm“, sagt der zweite Landstreicher. „Wo wohnst du?“ „Ich er kein Verhör fort.“ „Nirgend“, kommt es zurück. „Und du?“ fragt der Schutzmann den anderen. „Ich“, sagt der leerenruhig, „ich wohne gegenüber.“

Das Krümpersystem? ist eine jener Fragen, die bei der Arbeitsstreckung in Erwägung gezogen werden. Im niederösterreichischen Bergbau kam es zur Einführung. Die Arbeiter werden umschichtig für einen Monat beurlaubt. Eine Webersicht über die Rohförderung je Kopf der Gesamtbelegschaft bei der Niederösterreichischen Bergwerks-AG führt zu der Erkenntnis, daß die Förderung von 986 Kilogramm im September 1931, also vor Einführung des Krümpersystems, auf 1012 im Dezember 1931, im dritten Monat des Krümpersystems, gestiegen ist. Es ist also eine beachtliche Leistungssteigerung erzielt worden. Wenn allerdings das Krümpersystem dazu führen sollte, daß gewaltig geschuftet wird, dann hätte es seinen Zweck, die Arbeit zu strecken, verfehlt.

Gesamtlage, insbesondere gesehen unter dem Gesichtswinkel der handelspolitischen Verflechtung mit dem Auslande, durch weitere Abwehrmaßnahmen in offener oder versteckter Form weiterhin verschärft wurde, und wenn auch die deutsche Devisenlage zu immer drastischeren Maßnahmen zwingt, so ist doch festzustellen, daß sich in verschiedenen Branchen die Preise zum Teil gefangen haben, in anderen hinwiederum die Lager erschöpft sind, so daß von hier aus ein gewisser Auftrieb erwartet werden darf. Wohl gehören alle die Branchen, die nicht ganz am Boden liegen und bei denen sich das wirtschaftliche Leben hier schwächer, dort stärker einstellt, den Verbrauchsgüterindustrien an. Und sicherlich ist auf das Konto der Saison ein großer Teil dieser belebenden Wirkung zu buchen. Trotzdem, es wurden auch außerhalb des engen Kreises der Saison-gewerbe stehende Betriebe von einer kleinen Auftriebsbewegung erfaßt. Es seien hier als Beispiele angeführt die Textilindustrie, die Seifenindustrie, die Lederwarenindustrie, zum Teil die Schuhindustrie, die Dörmühlen und die Krautfabriken.“

Derartige Beobachtungen sind sehr erfreulich. Es läßt sich daraus natürlich nicht schließen, daß eine allgemeine Wirtschaftsbelebung im Anzuge ist.

Wie die Preisverbilligung der Margarine verhindert wird. Die überseeischen Rohstoffe für die Margarineindustrie haben seit dem Preishochstand von 1929 eine wesentliche Verbilligung erfahren. Bei den pflanzlichen Margarine-Rohstoffen sind die Preise um etwa 40 Prozent gesunken. Demgegenüber aber sind die Preise für Margarine nur unwesentlich gefallen. Lediglich die billigste Sorte hat sich um 36 Prozent im Preise vermindert, während bei der ersten und zweiten Sorte nur eine Senkung von 6 Prozent eingetreten ist. Die Kleinhandelspreise für Margarine sind von 1929 bis zur Preisabauverordnung des vergangenen Dezember nur um 11 Prozent gefallen. Der Margarinekonsum ist infolge verringerter Kaufkraft und der hohen Preise von 500 Millionen Kilogramm 1929 auf 405 Millionen Kilogramm 1931 gesunken. Der Margarinetruck, der den deutschen Markt zu 80 Prozent versorgt, hat mit den konzernfreien Werken eine Preisconvention geschlossen mit dem Ziel, die Preise hochzuhalten. So wird durch eine sinnlose Preispolitik der Produzentengruppen eine Preisherabsetzung für die Endprodukte verhindert. Das Gegenteil hierzu bildet die Verteuerung der Butter durch Erhöhung der Butterzölle. Um eine Abwanderung des Konsums zur Margarine zu verhindern, beantragt die Landwirtschaft, die Rohstoffe für Margarine durch entsprechende Zölle zu verteuern. Man plant also ein neues Attentat auf die Taschen der armen Leute. Eine günstige Entwicklung der Rohstoffpreise kommt also dem Konsum nicht zugute, sondern lediglich den Produzenten. Der Protest hiergegen kann nicht stark genug sein.

Werber für den Bäckereis. Unsere parteigenössische Buchgemeinschaft „Der Bäckereis, GmbH“, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7, sucht in allen Teilen des Reiches in den Betrieben und größeren Büros Vertrauensleute. Genossinnen und Genossen, die bereit sind, als Werber tätig zu sein und eventuell eine Zahlstelle oder Unterzahlstelle übernehmen möchten, bitten wir, sich mit den bestehenden Zahlstellen oder mit der Haupt-zweigschaftsstelle in Berlin in Verbindung zu setzen. Für jedes neu-gewonnene Mitglied wird eine Werbepremie von 1 RM aus-gesetzt. Für zwei neue Mitglieder wird ein Bäckereiswerber-lostlos (Preis 4,30 RM) abgegeben. Werbematerial steht zur Verfügung.

Deutschlands Straßen kommen in Verruf. Am 12. Mai tief durch die Tagespresse die Meldung vom dem Autounfall des tür-kischen Botchafters in Deutschland (Kemal Eddin Pascha). Das Unglück ereignete sich zwischen Weimar und Bad Berka, wo bei der Station Legefeld die Straße in einer Schucht die Kleinbahn-linie kreuzt. In der Kurve geriet der schwere Tourenwagen so heftig in ein Straßenloch, daß ein Hinterrad brach und das Auto sich überschlug. Der Botschafter trug einen doppelten Schädelbruch davon, auch die andern Insassen wurden schwer ver-letzt. — Es gibt viele, sehr viele gefährliche Straßenlöcher. Rohmaterial ist in Hülle und Fülle vorhanden, mehrere zehntausend Straßenbauarbeiter sind arbeitslos. Der türkische Bot-sschafter ist nicht der erste und nicht der letzte, der infolge der zer-fallenden und zerfahrenen Straßen Gesundheit und evtl. das Leben einbüßt. Deutschlands Straßen kommen in Verruf, weil in der Arbeitsbeschaffung die Tat fehlt.

Nachdem die vorstehende Notiz bereits im Druck stand, kommt uns zur Kenntnis, daß der mit verunglückte türkische Konsul Mehinog, nebst Frau und Tochter, identisch ist mit dem Steinkei-meister und Inhaber der angesehenen und sehr bekannten Firma in der Steinindustrie Zeidler und Wimmel, Berlin. Frau Wehling ist ihren Verletzungen leider erlegen, während Herr Mehinog und Tochter bei diesem durch Schlaglöcher in der Straße verursachten Autounfall glimpflicher davongekommen sind.

Für Angriff und Abwehr

Der „Anti-Nazi“, ein neuer Referentenführer.

Vom Deutschen Volksgemeinschaftsdienst ist dieser Tage in einer um 50 Seiten erweiterten völlig umgearbeiteten Neuausgabe der bekannte Referentenführer „Anti-Nazi“ herausgebracht worden. Der „Anti-Nazi“, der damit noch für die kommenden Wahlkämpfe eingesetzt werden kann, ist der ausführlichste und erst gearbeitete Referentenführer über Nationalsozialismus. — Zusammengefaßt auf Grund eines umfassenden Archiv-Materials behandelt er alle nur irgendwie mit dem Nationalsozialismus zusammenhängenden Fragen und gibt eine Fülle sorgfältig durchgeprüfter, die National-sozialisten schwer belastender Originalzitate aus Reden und Schriften nationalsozialistischer Führer und Zeitungen. Der „Anti-Nazi“, der auf losen Blättern in fester Kartonmappe ge-brudt ist, eignet sich, wie kein zweiter Referentenführer, nicht nur als Handbuch für Diskussionsredner, Referenten usw., die schnell und zuverlässig über irgendeine mit dem Nationalsozialismus zu-sammenhängende Spezialfrage Auskunft geben müssen, er kann vielmehr auch als Grundlage für eine Vielzahl von Referaten verwandt werden. In besonderen Kapiteln ist die Arbeiterfeind-lichkeit der nationalsozialistischen Politik an Hand von Tatsachen und Ausprüchen der Nazi-Führer nachgewiesen. Darüber hinaus wird aber auch die Außenpolitik, die Kulturpolitik der Nazis, die Korruption in der Partei usw. behandelt. Besonders beachtlich ist die fastliche Anzahl von Führerbiographien, die belastendes Material über alle wichtigen Naziführer enthält. Ein sorgfältiges Register und eine sehr zweckmäßig durchdachte, logische Anordnung der Kapitel erleichtern Studium und Benutzung des Buches.

Der „Anti-Nazi“ ist zu beziehen durch den Philo-Verlag, Berlin W 15, Emsler Straße 42. Der Preis beträgt pro Stück 1,80 RM. Organisationspreis bei Abnahme von 40 Stück 1,62 RM, bei Abnahme von 100 Stück 1,53 RM, von 200 Stück aufwärts 1,44 RM. Für Verlagsanstalten Sonderpreise nach Ver-einbarung. Der Ankauf des Buches kann jedem Gewerkschafts- und Betriebsfunktionär, ja, jedem politisch interessierten Mitglied der gesamten Arbeiterbewegung empfohlen werden.

Das Hungerprogramm der Nazis.

In seiner Broschüre „Wirtschaftschaos oder geordnete Volkswirtschaft“ (Heft 28 der „Nationalsozialistischen Bibliothek“) schreibt der Verfasser, der sich Silesius nennt, auf Seite 27:

„Ein sehr wichtiges Kapitel stellt die Umstellung des Ver-brauchs dar. Es ist freilich nicht zu vermeiden, daß mit der Um-stellung des Verbrauchs eine gewisse Entzweiung, vielleicht ein Opfer von seiten der Konsumenten verbunden ist. Hier hat Nationalbewußtsein zu Taten Gelegenheit. Zunächst handelt es sich um den derzeit herrschenden ungemein hohen Fleischverbrauch, der nicht nur höchst ungesund, sondern auch unwirtschaftlich ist.“

Die Nazis wollen also den Arbeitern das letzte Stück Fleisch aus dem Topf herausheben und ihn dafür wahrscheinlich mit dem herr-lichen Kriegsbrot füttern, das wir aus der „Großen Zeit“ noch so angenehm in Erinnerung haben.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Bekanntmachungen:

Sonnabend, 21. Mai.

In Potsdam um 20 Uhr im Volkshaus, Mühlenberggrotte.

Sonntag, 22. Mai.

In Treuchtlingen im Bayernhof um 12 Uhr, Konferenz der Vertreter des Vitho- und Turamarmorgebiets. Auf je 50 Mitglieder der Zahlstellen ein Delegierter. Kosten tragen die Zahlstellen. Gauleiter anwesend. Tagesordnung: Die gegenwärtige Wirtschaftslage im Gebiet.

In Kolberg um 9 Uhr im Lokal Guckte. Mitgliedsbücher zur Kontrolle mitbringen!

In Mischendorf-Saarmund um 14 Uhr im Volkshaus zu Mischen-dorf.

Gesperrt:

In Schwarzenbach a. S. die Firma Morgeneier.

Im Bezirk Würzburg das Steinmetzgeschäft Anton Bau, Witwe, in Grünsfeld in Baden.

In Weihenfels die Steinfirmen Otto Reinhardt sen. und Otto Reinhardt jun.

Wir warnen alle Kollegen bei den vorstehend genannten Firmen um Arbeit nachzufragen. Bei Arbeitsangeboten muß vorher beim Zahlstellenvorstand Erkundigung eingeholt werden.

Verlorene Mitgliedsausweise: In Marienburg das Ver-bandsbuch Nr. 3759 für Albert Schröder, Steinsehlhilfearbeiter.

Zur Beachtung! Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Adressenänderungen

3. Gau: Glauchau. Vorf. Artur Paris, Leufchnerstraße 6.

Neue Bücher und Zeitschriften

Boris Nikolajewitsch: *Ufem, die Geschichte eines Verrats.* Dokumente russischer revolutionäre Bewegung. Aus dem russischen Manuskript übersetzt von Nina Stein. 267 Seiten. Mit Foto-Abbildungen auf Kunstdruckpapier. Ganz-leinen. Buchausstattung von Jan Tschigold. Verlag: „Der Bäckereis GmbH“, Berlin SW 61. 1932. Preis 4,30 Mark (bzw. österr. Schillinge 8,60, tschechische Kronen 35,—).

An Büchern über den Doppelspieler Ufem, der über 15 Jahre lang im Dienste der Zarenpolizei Vorkriegsdienste tat und gleichzeitig als Führer der terroristischen Kampforganisation der russischen sozialrevolutionären Partei erfolgreiche Attentate gegen die Reichshaber und seine indirekten Auftraggeber durchführte, herrscht kein Mangel. Dieses neue Ufem-Buch des Bäckereis verdient es wirklich, sich ernsthaft mit Ufem zu beschäftigen. Hier ist Ufem nicht der Held eines mehr oder minder geschickt erfundenen Sensationsromanes; hier wird auch nicht mit mehr oder minder Phantasie ein psychologisches Rätsel bis in seine tiefsten Tiefen und Abgründe hinein erörtert, hier geht es um Wichtiges, um die Klärung historisch bedeutungsvoller Tatsachen. Der Verfasser, ein russischer Geschichtsforscher, gibt hier die Lebens-geschichte Ufems auf Grund alleiniger geprüfter authentischer Angaben. Er kennt genau die Vorgänge, über die er berichtet, und die Personen, die daran beteiligt sind, und zwar die Personen der beiden Welten, in denen sich der große, unheim-liche Doppelspieler Ufem bewegt hat. Darüber hinaus hat Nikolajewitsch ein überaus reiches neues Material an noch nicht veröffentlichten Dokumenten, Lebensentwürfen usw. ausfindig gemacht und verarbeitet. Seine Prosa, die ihn einmal bewogen, die Attentate gegen Bismarck, den Grafen Rittenberg und andere bis zum vollen Erfolge durchzuführen, läßt auf der anderen Seite wieder dazu ver-anlassen, hunderte seiner eigenen Parteimaterialien an die Geheimpolizei auszu-liefern, liegen auch jetzt noch nicht ganz offen zutage. Sicher ist nur, daß die Habicht dabei eine der Hauptrollen spielt.

Die Darstellung erweitert sich bei Nikolajewitsch zu einer Geschichte des Kampfes zwischen den Terroristen und der politischen Geheimpolizei in der Zeit der ersten russischen Revolution. Daß er nicht über der Person Ufems die Kollektivkräfte außer acht läßt, gerade das gibt seiner Ufem-Biographie ihren Wert. Wer das Studium von gestern, das Studium von heute verziehen will, muß das Buch Nikolajewitschs über Ufem lesen. Die Russland-Literatur hat mit ihm eine wesent-liche Bereicherung erfahren. Während sonst Bücher dieser Art sehr teuer sind, kostet dieses hier nur 4,30 Mark.

„Zwei mutige Reden“ und „13 Jahre republikanische Justiz“, 2 Schriften, je 50 Pfennig, herausgegeben vom Voco-Verlag, G. m. b. H., Berlin W 30. Die erstere bringt eine Rede von Dr. August Wober, Fraktionsführer der Deutschen Staatspartei, im Reichstag, und eine solche von Dr. A. Breit-scheid im Reichstag nebst einem sehr guten, umfangreichen Begleitwort, gegen die Nationalsozialisten. Die andere Broschüre hat den bekannten Juristen, Richter und aufrechten Republikaner Kurt Großmann zum Verfasser. Die Schriften werden von der Verlagsgesellschaft des V D G v o r t r i e b e n. Beide Schriften haben die Tendenz der Stärkung des republikanischen Ge-dankens. In ihnen ist sehr gutes und viel Material recht wirksam und über-zeugend zusammengefaßt. Klare Schrift, knappe Beweisführung, handliche Form; man kann nur wünschen, daß die genannten Schriften große Verbreitung finden in den Kreisen jener, bei denen die republikanische Gewinnung durch die Kapitalpropaganda wadelig geworden oder überhaupt verschwunden ist.

„Heißt wie die Wonen fliegen, wenn das Dritte Reich wird liegen!“ Der Dieb-Verlag beweist eine außerordentlich glückliche Hand bei der Heraus-gabe aktueller, quidelebendiger, dabei fastlich zuverlässiger Broschüren. So hat Wilhelm Reil unter dem Titel „Mit ihm ist die d a s s“ (15 Pfg.) einen Bergleis auf-gestellt zwischen früher und heute. Hier wird mit Tatsachen belegt, wie in fast jeder Hinsicht unser heutiges „System“ bei allen seinen Mängeln doch einen großen Schritt vorwärts bedeutet und daß wir wahrlich keine Veranlassung haben, wieder um einen Schritt zurückzugehen. Diese materialreiche Gegenüberstellung muß man freilich in der Tatse haben, um sie bei Unterhaltungen zu verwenden. Eugen Prager hat eine temperamentvolle Streitschrift mit dem Titel „W e r h a t u n s v e r a t e n?“ (10 Pfg.) geschrieben und rednet darin mit den Nazis gründlich ab, ebenso mit den törichtigen Parolen der Kommunisten, die schon so viel Ver-wirrung gestiftet haben. Es wäre gut, wenn diese wirklich billigen Heften in viele Hände kämen.

Anzeigen

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, **Rammen, Brecheisen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb **Otto Teske, Berlin N 31** Brunnenstraße 82

Die Bezugsquelle für alle

des In- und Auslandes ist für jeden unserer Berufskollegen und seinen Angehörigen die **Verlagsgesellschaft des Allgem. deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a.** Man wende sich deshalb im Bedarfsfälle vertrauensvoll an die genannte Adresse.

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Ulm a. D. Am 2. Mai der Steinmetz Karl Lutz, 68 Jahre alt, 2 1/2 Jahre krank, Lungentuberkulose.

Löwenberg. Am 2. Mai der Sandsteinmetz Heinrich Sirach, 68 Jahre alt, 4 Jahre krank, Staublunge.

Arnsdorf. Am 3. Mai der Granitsteinmetz Friedr. Koch, 64 Jahre alt, Herz-lähmung.

Trebnitz. Am 7. Mai der Steinsetzer Herm. Seidel, 36 Jahre alt, 3 Jahre krank, Brustfellentzündung.

Theuma. Am 7. Mai der Betriebshandwerker K. Max Schloesser, 57 Jahre alt, Freitod.

Stettin. Am 10. Mai der Steinmetz Karl Dellit, 58 Jahre alt, 24 Wochen krank, Magengeschwür.

Strehlen. Am 10. Mai der Pflastersteinmacher Franz Schilling, 71 Jahre alt, Altersschwäche.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold. Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Ströhen, Kirchen, Schlösser und Pyramiden,
Bahnen, Autos, Krane und Fräsmaschinen.
All das waren große und kleine Stücke,
Nach wie vor fällt Stein um Stein jede Lücke.

Aus Betrieb, Technik, Wirtschaft

in der Steingewinnung, Steinbearbeitung und im Steinstraßenbau

Lernen, wissen, tüchtig werden
Macht uns wendig, wacker, rein.
Wieviel Meister sind auf Erden!
Warum soll ich kein Meister sein!

21. Mai 1932

Beilage Nr. 21

Die Kapitalkonzentration in der Steinindustrie

Im „Steinarbeiter“ Nr. 18 wurde die Konzentration des gesamten deutschen Aktienkapitals behandelt (von E. N.). Im folgenden zeigen wir die uns bekanntgewordenen Veränderungen in den Gesellschaftsunternehmungen (Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H.) der Steinindustrie, soweit Zahl und Kapitalhöhe in Betracht kommt. Ohne die Gesellschaften, deren Kapitalhöhe wir nicht ermitteln konnten, gab es

1926	119 A.-G.	mit 89,4 Millionen Mark
	378 G. m. b. H.	mit 27,7 Millionen Mark
	497 Gesellschaft.	mit 117,1 Millionen Mark
1931	78 A.-G.	mit 83,2 Millionen Mark
	279 G. m. b. H.	mit 24,5 Millionen Mark
	357 Gesellschaft.	mit 107,7 Millionen Mark

Das Durchschnittskapital je Gesellschaft betrug:

1926	bei den A.-G.	750 689 Mark
	bei den G. m. b. H.	73 275 Mark
1931	bei den A.-G.	1 066 667 Mark
	bei den G. m. b. H.	87 814 Mark

Es zeigt sich also ein Rückgang des gesamten Gesellschaftskapitals um 7,7 Prozent bei einer Steigerung des Durchschnittskapitals bei den Aktiengesellschaften um 42,9 Prozent und bei den Gesellschaften m. b. H. um 19,8 Prozent. Den größten Rückgang in der Zahl der Gesellschaften haben auch in der Steinindustrie naturgemäß die kapitalstärksten zu verzeichnen, was aus folgender Aufstellung zu ersehen ist:

Es hatten Stammkapital in RM.	Akt.-Gesellschaften		Gesellschaft m. b. H.	
	1926	1931	1926	1931
bis 50 000	41	15	252	162
50 000 bis 100 000	21	9	51	33
100 000 bis 200 000	17	14	31	22
200 000 bis 300 000	5	5	25	19
300 000 bis 400 000	6	4	3	3
400 000 bis 500 000	5	6	4	2
500 000 bis 600 000	1	3	1	3
600 000 bis 700 000	1	1	4	1
700 000 bis 800 000	2	2	1	1
800 000 bis 900 000	4	—	4	3
900 000 bis 1 000 000	1	4	—	—
1 000 000 bis 2 000 000	9	9	1	1
2 000 000 bis 3 000 000	3	3	—	—
3 000 000 bis 5 000 000	1	1	—	—
5 000 000 bis 6 000 000	—	1	—	—
6 000 000 bis 8 000 000	—	—	1	—
8 000 000 bis 15 000 000	1	1	—	—
15 000 000 bis 20 000 000	—	—	—	—
20 000 000 bis 24 000 000	1	—	—	—
	119	79	378	280

Nach Industriegruppen und Kapitalhöhe (soweit Kapitalangaben vorliegen) geordnet, ergeben sich folgende Veränderungen:

	Zahl der Unternehmen		Gesamtes Stammkapital in RM.	
	1926	1931	1926	1931
a) Aktiengesellschaften:				
Pflasterstein- u. Schotterindustrie	48	38	58 826 000	50 134 200
Kalkindustrie für Bauzwecke, Hochöfen und Zuckerraffinerien	13	6	18 267 000	16 070 000
Marmorindustrie	12	12	2 752 000	3 516 000
Granit- und Gneisindustrie	8	4	2 068 000	1 860 000
Werksteinindustrie (Bruch- und Steinmehlbetriebe)	8	3	2 039 000	975 200
Lithographiesteinindustrie	4	2	2 020 000	2 130 000
Schmelzwerk	1	—	1 500 000	—
Schieferindustrie (hauptsächlich Griffe)	6	1	728 000	20 000
Basaltlava-, Bims- und Traßindustrie	4	6	321 000	2 828 000
Quarz- und Quarzwerke	3	1	200 000	100 000
Serpentinindustrie	1	—	120 000	—
Stein- und Bildhauereien, Grabmalgewerbe	1	1	80 000	15 000
Alabasterindustrie	1	—	60 000	—
Werksteinindustrie	2	1	47 000	32 000
Straßenbau	—	1	—	5 500 000
Ohne Angabe der Industriegruppe und sonstige	7	2	304 000	20 000
b) Gesellschaften m. b. H.:				
Pflasterstein- u. Schotterindustrie	213	181	19 957 000	16 851 140
Kalkindustrie für Bauzwecke, Hochöfen und Zuckerraffinerien	8	5	1 955 000	2 350 000
Marmorindustrie	12	6	1 188 000	959 300
Granit- und Gneisindustrie	28	19	970 300	1 685 250
Werksteinindustrie (Bruch- und Steinmehlbetriebe)	23	16	877 100	778 200
Lithographiesteinindustrie	19	13	604 500	286 100
Schmelzwerk	5	2	364 000	309 000
Quarz- und Quarzwerke	15	9	307 200	291 000
Stein- und Bildhauereien, Grabmalgewerbe	13	8	164 000	132 600
Basaltlava-, Bims- und Traßindustrie	5	6	152 300	298 800
Schieferindustrie	1	—	100 000	—
Lithographiesteinindustrie	2	2	56 000	71 000
Schmelzwerk	3	—	27 000	—
Schmelzwerk	1	—	7 000	—
Ohne Angabe der Industriegruppe und sonstige	30	12	970 300	439 900
c) Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H.:				
Pflasterstein- u. Schotterindustrie	261	219	78 783 000	66 985 340
Kalkindustrie für Bauzwecke, Hochöfen und Zuckerraffinerien	32	19	18 871 500	16 356 100
Marmorindustrie	40	31	3 722 300	5 201 250
Granit- und Gneisindustrie	20	10	3 254 300	2 819 300
Werksteinindustrie (Bruch- und Steinmehlbetriebe)	41	19	2 916 100	1 753 200
Lithographiesteinindustrie	6	4	2 076 000	2 201 000
Straßenbau	8	6	1 955 000	7 850 000
Schmelzwerk	2	—	1 507 000	—
Schieferindustrie	7	1	828 000	20 000
Quarz- und Quarzwerke	18	10	507 200	391 000
Basaltlava-, Bims- und Traßindustrie	9	12	473 300	3 126 000
Alabasterindustrie	6	2	424 000	309 000
Stein- und Bildhauereien, Grabmalgewerbe	14	9	244 000	147 600
Serpentinindustrie	1	—	120 000	—
Schleif- und Werksteinindustrie	5	1	74 000	32 000
Ohne Angabe der Industriegruppe und sonstige	37	14	1 274 300	459 900

Bei Beurteilung der vorliegenden Zahlen muß vorweg betont werden, daß sie auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben können, daß alle Vergleiche also nur unter Vorbehalt gezogen werden dürfen. Doch bei allen Mängeln unvollständiger Feststellungen im einzelnen bietet das Ganze doch einen wertvollen Einblick in die Veränderungen, die im Laufe der letzten 6 Jahre im allgemeinen eingetreten sind.

Auffallend ist, daß die Marmorindustrie bei einem Rückgang der Zahl der Gesellschaftsunternehmungen um 22,5 Prozent ihre Stammkapitalien um 39,7 Prozent erhöhen konnte. Die Basalt-, Bims- und Traßindustrie hat bei einer Steigerung der Zahl der Gesellschaften eine wesentlich höhere Steigerung des Gesellschaftskapitals zu verzeichnen. Letzteres gilt auch für den Straßenbau, was jedoch in der Hauptsache die Umstellung auf die „neuezeitlichen“ Straßendecken mit sich brachte.

Aus der thüringischen Dachziegelindustrie

Die thüringische Dachziegelindustrie hat ihren Sitz im südöstlichen Teile des Thüringer Waldes. Hier liegen zwischen den Flüssen Loquitz und Sorbitz die mächtigen Schieferlager, die die Grundlage des bedeutendsten mitteldeutschen Schieferbaues bilden. An den Abhängen der beiden Flußtäler und deren Nebentäler erstrecken sich die Schiefervorkommen, die bei dem Städtchen Lehesten in zutage treten und hier im Tagebau, dem sogenannten Stroffenbau, abgebaut werden. Es sind die größten Schieferbrüche des europäischen Festlandes, die zur Gewinnung des Schiefers und zur Fortbewegung der gewaltigen Abraummassen mit allen neuzeitlichen Hilfsmitteln ausgerüstet sind. In der Nachbarschaft von Lehesten, im Loquitztal und bei Probstzella ist man vielfach zum bergmännischen Betriebe übergegangen. Insgesamt haben in Lehesten und Umgebung 7 Betriebe, darunter die beiden größten dieser Art, in Probstzella 3, in Martzöglich 4, in Reichenbach, Schadertal und Unterloquitz zusammen 6 und im Kreise Schleiz 10 kleinere Betriebe Anteil an der Schieferindustrie. Ein Dachziegelwerk, das graugrünen bis silbergrauen Stein liefert, findet sich bei Unterweißbach im ehemals Rudolstädter Gebiet. Es erstreckt sich in 80 bis 100 Meter mächtigen Lagern von dem Dorfe Böhlshausen im Schwarzwald über das Schwarzburger Schloß, Söhndorf, Unter- und Oberweißbach. In diesem Bezirk ist neben dem Tagebau auch Untertagebau üblich. Unbrauchbar zu Dachziegel ist der südwestlich von Spechtbrunn bis Steinach vorkommende Schiefer. Er ist zu weich und wird zu Griffeln und Stiften verarbeitet, und zwar in solchen Mengen, daß damit auch außerdeutsche und überseeische Länder reichlich versorgt werden können. Auch die Schiefertafelindustrie war ursprünglich auf thüringisches Schiefervorkommen gegründet und wurde lange Zeit als Heimindustrie betrieben. Seit Jahrzehnten ist aber die Schiefertafelherstellung so gut wie ganz an Fabriken übergegangen, und gleichzeitig hat man als Rohstoff immer mehr dem Schweizer Schiefer den Vorzug vor dem thüringischen gegeben, weil er weniger hart als dieser ist und sich maschinell besser schleifen und sonst behandeln läßt. Zur Dachbedeckung eignet sich der Schweizer Schiefer dagegen gar nicht, er ist dafür zu weich, und zu wenig widerstandsfähig gegen Witterungseinflüsse.

Die Dachziegelgewinnung in der Gegend von Lehesten muß schon sehr alt sein. Es steht urkundlich fest, daß man bereits im 15. Jahrhundert Lehestener Schiefer zur Bedeckung des Doms in Würzburg und der Feste Heldburg verwandte. Er war also schon damals weit über sein Gewinnungsbereich hinaus gefragt. Auch heute verdankt er dieser Verwendung noch seine Hauptbedeutung. Er gehört durch Leichtigkeit, schönes Aussehen und Haltbarkeit zu den besten Dachziegeln. Bestandteile, die seine Verwitterung beschleunigen könnten, weist er nur in sehr geringem Maße auf, nämlich an Schwefelkies nur 0,047 Prozent und an kohlenstoffhaltigem Kalk nur 0,01 Prozent. Die Gewinnung des Schiefers gestaltet sich verhältnismäßig einfach. Beim Tagebau wie beim Tiefbau werden die Schieferblöcke durch Spaltung losgelöst, die brauchbaren Stücke ausgeleert und den Spalthütten zugeführt, wo sie durch Eintreiben von Keilen in die Schieferungsfugen gespalten, geglättet und mit Scheren auf die gewünschte Größe zugeschnitten werden. Reile, Schlägel, Brechhaken, Radel sind die Hauptwerkzeuge zum Herauslösen der Blöcke. Doch sind an Stelle der Handarbeit vielfach die Maschinen, besonders in Gestalt von Schrämmaschinen getreten, und Bohrlöcher, wenn Sprengungen nötig sein sollten, werden nicht mehr mit menschlicher Kraft, sondern mit Preßluft und Bohrhämmern zuwege gebracht. Die maschinelle Arbeit ist immer weiter vorgegangen, je mehr die früher zahlreichen kleinen Eigenlöcherbetriebe verschwunden sind und größeren Betrieben Platz gemacht haben. Im Gegensatz zum rheinischen Verfahren, bei dem die Schuttmassen zum Auffüllen der abgebauten Räume dienen, wird das abfallende Gestein in Thüringen noch meistens auf Halben geschüttet. Beim Tagebau liegen die Dinge so, daß 4 bis 5, höchstens 6 Prozent des abgebauten Gesteins zur Weiterverarbeitung, zum Spalten geeignet sind, und 95 Prozent auf Halben gestürzt werden müssen. Rund 50 Prozent der Belegschaft sind deshalb auf dem Raum beschäftigt und 50 Prozent mit der Gewinnung und Bearbeitung des nützlichen Schiefers. Beim Untertagebau berechnet sich der verwertbare Stein auf etwa 10 Prozent der bewegten Masse. Auf dem Raum werden hier nur 30 Prozent der Belegschaft in Anspruch genommen. Der Arbeitsnachfrage auf den Kopf der Belegschaft beträgt täglich 1,4 bis 1,8 Zentner versandfertigen Dachziegels.

Seitdem sich die deutsche Schiefertafelindustrie, wie schon erwähnt wurde, immer mehr ausländischem, insbesondere schweizerischem und italienischem Schiefer zugewendet hat, ist die Förderung von rohem Tafelschiefer in Thüringen fast völlig eingestellt worden. Wo noch weniger gut spaltbarer Schiefer austritt, ist man mehr als früher dazu übergegangen, aus ihm Gebrauchsgegenstände, wie Wäschbecher, Briefbeschwerer, Grabsteinplatten, Schalktafeln usw. anzufertigen. Aus dem Schieferabfall stellt man Mehl her, das zur Herstellung von Ritt usw. Verwendung findet. Das künstlich erzeugte Mehl hat aber einen wichtigen Nebenbuhler in dem Schieferstaub, der bei der Schiefertafelherstellung entsteht, durch Sauger aufgesaugt wird und so ohne besondere Kosten fertig bereitsteht. Neuerdings versucht man angehlich, aus Schiefermehl Bausteine zu pressen.

Beim Dachziegel unterscheidet man in Thüringen zwischen „altdeutschem“ und „Schablonenschiefer“. Der „altdeutsche“ Schiefer wird in feststehenden Formen und verschiedenen Größen, wie sie der rohe Stein ergibt, frei nach dem Augenmaß zugeschnitten. Zu diesen alten Formen kamen im Laufe der Zeit die verschiedensten Schablonenformen, als erste im Jahre 1840 die englische rechteckige Form, die sogenannten Rechtecker, dazu später fünf-, sechseckige usw. Die Dachziegel werden im allgemeinen in den Größen von 26 bis 76 Zentimeter Länge und 14 bis 55 Zentimeter Breite angefertigt. Von dem gesamten Dachziegelvorkommen kommen auf Lehesten etwa 58 Prozent, Unterloquitz 22 Prozent, der Rest auf Probstzella usw.

In den letzten Jahren beschäftigte die thüringische Dachziegelindustrie rund 2360 Arbeiter, die in zusammen 34 Betrieben tätig waren, die ihrerseits wieder 18 Unternehmungen gehörten. Zwei Betriebe davon zählten je 500 bis 1000, zusammen 2225 Beschäftigte, also mehr als die Hälfte aller. Kleine Betriebe mit bis zu 50 Mann gab es 15 mit zusammen 176 Arbeitnehmern. Auf die mittleren Betriebe mit 51 bis 200 Personen kamen 4 Betriebe, und mit 200 Mann und auf die großen mit über 300 Personen 4 Betriebe mit 1823 Beschäftigten. Gefördert wurden in den letzten Jahren durchschnittlich 43 000 Tonnen Dachziegel im Wert von 5,7 Millionen Mark.

Fachliche Notizen

Vom Kölner Dom. Ueber den derzeitigen Stand der Bekämpfung der Witterungsschäden am Kölner Dom ist zu berichten: Das Hauptgestein, Trachyt aus der Eifel, hat sich als ziemlich widerstandsfähig erwiesen, während an dem jüngeren Sandstein eine viel größere Empfindlichkeit zu beobachten ist. Zu der natürlichen Verwitterung, für die Luft, Regen, Sonne und Frost verantwortlich zu machen sind, kommt noch die sogenannte „moderne“, die vor allem die Rauchgase mit der schwefeligen Säure bewirken. Mit dem Regen bringt diese Säure in den Stein ein und zerlegt ihn allmählich. Zunächst bildet sich eine dunkle Kruste aus Staub und Ruß von verschiedener Stärke. Darunter liegt eine weiße, pulverige Schicht mit schwefeliger Verbindung, und bisweilen erst nach 10 Zentimeter stößt man auf das feste Gestein. Ganz auffallend ist es, daß die der Wetterseite ausgelegten Teile kaum Verwitterungsercheinungen zeigen, sondern beinahe ausschließlich nur die geschützten. Dies rührt daher, daß sich hier das Wasser, das durch den Wind an die rückwärtige Seite gedrückt wird, staut und so die Zerlegung hervorruft. Eine ausschlaggebende Rolle spielen die Wirbel, die ständig an ganz bestimmten Stellen sogenannte Sogplätze verursachen. Die größten Sorgenkinder sind die Strebebögen wegen ihrer Vielgestaltigkeit. Ueberall an ihren mannigfachen Gliederungen lassen sich besonders auf der vom Wind abgewandten Seite die zerstörenden Einflüsse des Regens erkennen. Die vielen kleinen Nischen mit den Blumen und Wasserspeichern dagegen haben sich gut gehalten, da sie dauernd von Luft umgeben sind und nur geringe Verdunstungsflüssen ausgesetzt sind. Starke Auswitterungen zeigen die Zugen, deren Masse gewöhnlich herausquillt, was auf Stauungen im Mörtel zurückzuführen ist. Bei allen Ausbesserungsarbeiten ist die Erhaltung und Schonung der alten Teile eine Selbstverständlichkeit. Diese Rücksichtnahme gegenüber dem Althergebrachten darf aber nicht so weit gehen, daß große Stücke — wie es schon vorgekommen ist — in die Tiefe stürzen und Menschenleben gefährden. Allein aus Sicherheitsgründen ist daher die Auswechslung besonders schadhafter Teile notwendig. Das in letzter Zeit angewandte Bleispritzverfahren zur Festigung des Gesteins gegen äußere Einflüsse hat sich gut bewährt. Neuerdings werden auch Verjünger angelegt, den Stein mit einer Masse, die in den Tropen gewonnen wird, vollkommen zu durchtränken, um die Poren zu schließen. Der Sandstein scheint sich wegen seiner Lockerheit ziemlich gut dafür zu eignen, während das Verfahren, bei dem mit Hitze und Druck gearbeitet werden mußte, für den dichten Kalkstein nicht zu verwenden ist.

Gedenken eines altbayerischen Stein-Baukünstlers. Vor einem halben Jahrtausend verstarb einer der berühmtesten Bauführer der bayerischen Spätgotik, Meister Hans Stethaimer aus Burghausen an der Sulzach. Er schuf die folgenden sieben, noch heute bestehenden Kirchen: St. Martin und Spitalkirche zu Landsbut in Niederbayern, Karmeliterkirche in Straubing, St. Nikolaus in Neuwötting, St. Jakob in Straubing, St. Jakob in Wasserburg und die Franziskanerkirche in Salzburg. Das Grabmal des bedeutenden Mannes befindet sich in der Landsbuter Martinskirche in einer Mauernische an der Südseite. Eine Konsole ist dort getruht von der Büste des Meisters Hans, von dem die Inschrift aus dem Jahre 1432 mit Stolz auf den Berufsstand besagt, daß hier Meister Hans, der Steinmeh, seine letzte Ruhestätte gefunden habe.

Inschriftsteine der Königin von Saba. Der Berliner Musikhistoriker Helffrich unternahm kürzlich eine ausgedehnte Forschungsreise in bisher noch sozulegen unentdeckte Gebiete von Arabien. Hierbei war mit das bedeutsamste Ergebnis die Feststellung der hymnarischen Steine in Jemen, Inschriftsteine aus dem Lande der Königin von Saba, die bis in das fünfte Jahrhundert vor Christi Geburt zurückreichen. Es ist, so führt das Berliner Tageblatt hierzu aus, sehr schwer, hinter das Geheimnis dieser fabelhaften Steine zu kommen, der Jemen von Jemen läßt niemand nach Saba, und alle ihm erreichbaren Steine hat er in einem Haus verschlossen und trägt den Schlüssel, genau wie den seiner Schatzkammer, immer bei sich. Einem merkwürdigen Zufall nur verdankte man das Wissen um diese Steine. Räuberische Beduinen brachen immer wieder in Saba ein und bringen ihre Beute — darunter die hymnarischen Steine — in die Küstenstädte. Tiefer einzubringen in das Geheimnis dieser Inschriftsteine scheint vorerst nicht möglich.

Elektrizität im Arbeiterhaushalt. Die elektrische Beleuchtung ist jetzt auch in viele Arbeiterwohnungen eingezogen, selbst in den kleinsten Dörfern, aber im übrigen steht der Verbrauch elektrischer Kraft bei uns gegenüber Amerika weit zurück. Wenn da jetzt festgestellt ist, daß das elektrische Bügeleisen eigentlich nirgends fehlt, so läßt das schon die weite Verbreitung der Benutzung elektrischer Kraft vermuten. Aber auch im übrigen hat die elektrische Kraft ihren Einzug in den Haushalt in großem Maße gehalten: von 20 Familien haben heute in Amerika 8 einen Staubsauger, 6 von 20 Familien benutzen elektrische Waschmaschinen und 3 von 20 gar den elektrisch betriebenen Eisschrank. Natürlich hängt die Benutzung der Elektrizität nicht nur von der Höhe der Tarife ab, sondern auch von den Lohnverhältnissen, und da ist es fraglich, ob unter der heutigen Wirtschaftslage selbst in Amerika die Elektrizität diesen Siegeszug in derselben Weise fortsetzen wird.

Der Strombezug als Konjunkturpiegel. Der Geschäftsbericht des großen europäischen Elektrotrusts S. J. S. enthält eingangs eine Betrachtung über Technik und Wirtschaftskrisis. Es wird dort die Ansicht vertreten, daß der technische Fortschritt keineswegs die alleinige Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis sei. Durch ihn seien im Gegenteil immer neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstanden. Die elektrische Energie sei in ihren Verwendungsmöglichkeiten unbegrenzt. Es gäbe keine Ueberproduktion, da diese nicht gespeichert werden kann, wohl aber sei eine Ueberzeugung der Stromerzeugungsanlagen vorhanden. Im Jahre 1931 ist der Abfluß elektrischer Energie gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen in Deutschland um 12 v. H., in Belgien um 6 v. H., in Kanada um 8 v. H., in den Vereinigten Staaten um 5 v. H., in Frankreich um 9 v. H. und in Italien um 2 v. H. Eine Abnahmevermehrung fand statt in Großbritannien um 1,3 und in der Schweiz um 2,6 v. H. An diesen Zahlen kann man ersehen, daß der Stromabfluß in geringerem Maße zurückgeht als der Warenabfluß im allgemeinen. Die Elektrizitätserzeugung hat also eine gewisse Krisenfestigkeit.

Statistik der Verkehrsmittel. Deutschland besitzt ein Gesamtstraßennetz von 210 000 Kilometer, wovon etwa 180 000 Kilometer auf Staats-, Provinzial- und Kreisstraßen entfallen. Nach der Verkehrszählung im Jahre 1929 hatte sich der Verkehr auf den Straßen gegenüber 1925 etwa verdoppelt. Die vermehrte Beanspruchung macht erhöhten Kostenaufwand für Unterhaltung notwendig. Ein Gesamtaufbau für die Bedürfnisse des Kraftverkehrs würde eine Summe von fünf Milliarden Reichsmark erfordern. Zum Vergleich fügen wir die Zahlenangaben über die übrigen Verkehrswege Deutschlands an. Die Reichsbahn stellt mit ihren 53 800 Kilometern das größte zusammenhängende Streckennetz der Welt unter einer Verwaltung dar. Das Netz der Privatbahnen umfaßt in Deutschland etwa 4900 Kilometer Privatbahnen, 9800 Kilometer Kleinbahnen und 6100 Kilometer Straßenbahnen. Das Wasserstraßennetz besteht aus 13 000 Kilometer natürlichen und künstlichen Wasserstraßen. 1929 wurden 10 785 Kilometer befahren. Träger des eigentlichen Schiffsahrtsverkehrs sind nur etwa 4000 Kilometer.

Was eure Väter voll Müh, was eure Mütter voll Weh ringend und darben gebaut, gab auch den heiligen Grund, darauf ihr in segnender Früh aufsteigt zum fruchtbaren Tag. Seht wie das Licht euch vertraut.

Der Jugend

Seht wie der Kampf eurer hart! Schlechtes noch schreckt euren Schrift, Schaffen der Dämmerung sinkt, Zwierracht und niedriger Bahn grauer Vergangenheit starr! Aber ihr fürchtet euch nicht. Seht wie die Zukunft euch winkt!

Ausgelernt!

Drei Jahre tat ich meine Pflicht.
Sahen mir auch oft die Sonne nicht,
War ich doch stets zufrieden.
Ich hoffte, daß nach all der Müh'
Ein hellerer Tag mir einst erblüh!
Doch was ist mir beschieden?

Mit siebzehn Jahren geh ich nun
Zum Arbeitsamt. Hab nichts zu tun
Und warte, warte, warte. —
Wird mir das Schicksal gnädig sein?
Stellt morgen mich ein Meister ein?
Lang reicht die Stempelfarte. J. H. C. Büttner.

Jugend erwache!

Im Ringen um die Wahrheit steht heute die Jugend mitten in einer Flut von Lügen und Unwahrhaftigkeit. Rührige Hegepostel reifen im Lande umher und versuchen, die Jugend mit demagogischen Kniffen für ein sagenhaftes Drittes Reich einzufangen. Wüßtes Geschimpfe auf den Marxismus und auf das System sollen Wissen und Können erlösen. Die „gute alte Zeit“, in der es angeblich keine Arbeitslosen gab, muß herhalten im Kampfe gegen die aufsteigende neue Welt. Mit Lug und Trug versucht man, die Gehirne zu vernebeln.

Es fällt der Jugend schwer, sich durch diesen Mist von Verdrehungen und Entstellungen hindurchzufinden und sich eine klare Vorstellung von dem alten und dem neuen Reich zu machen. Gewiß hat es früher keine solchen Arbeitslosenarmeen gegeben, und auch die Zukunft schien gesicherter als heute. Aber damals hatten wir auch nicht die Lasten eines verlorenen Krieges zu tragen, und die Produktion war nicht durch Abjahstodungen auf dem Weltmarkt lahmgelegt. Auch hatte nicht ein Krieg und eine Inflation die Währung zerrüttet und die Spargroschen aufgezehrt. Die Arbeitslosigkeit ließ sich leichter ertragen und war auch nicht von langer Dauer.

Das ist nun durch den Krieg, den die neuen Machthaber nicht verschuldet haben, alles anders geworden. Deutschland hat wohl die freieste Verfassung der Welt, aber es fehlt ihm die Möglichkeit zum Aufbau. Äußere und innere Kräfte sind am Werke und hemmen die Aufbauarbeit. Im Innern sind es die Junker und Unternehmer, die auf den Sturz des politischen Systems hinarbeiten, weil es ihre bevorrechtete Stellung beschnitten hat. Und das Ausland, namentlich Polen und Frankreich, fürchten ein starkes, einiges Deutschland aus natürlichem Erhaltungstrieb heraus. Beide, unsere Ausbeuter und das Ausland, arbeiten sich gegenseitig in die Hände. Beide aus verschiedenen Gründen, aber so, daß die Wirkung die gleiche ist. Die Leidtragenden sind die breiten Massen der Bevölkerung, die leider den Betrug oft nicht durchschauen.

Die heranwachsende junge Generation übernimmt die Anschauungen und Ansichten unserer Zeit. Sie nimmt das, was die Staatsumwälzung auf kulturellem und politischem Gebiete gebracht hat, als eine Selbstverständlichkeit hin. Sie will heraus aus der Gegenwart, die bisher nur Not und Elend, Arbeitslosigkeit und Sorgen gebracht hat. Unter diesen Umständen ist sie leicht geneigt, Versprechungen ihr Ohr zu leihen und oberflächlichen Phrasendreschern nachzulassen. Der Schrei nach Arbeit erkönt aus den Reihen der Jugendlichen am kräftigsten. Während die älteren Kollegen das Zusammengehen mit den Unternehmern und Reaktionsären als Schmach betrachten, sieht die Jugend darüber leichter hinweg, weil sie infolge der langen Arbeitslosigkeit die Ausbeutung nicht so fennenernt. Dadurch hat sich das Bild wesentlich verändert, eine Verschiebung ist in den Meinungen und Ansichten eingetreten, von der die Reaktion den größten Vorteil hat.

Wir machen der Jugend aus ihrer Einstellung keinen Vorwurf; denn ihr gehört die Zukunft, und damit übernimmt sie die Pflicht, die Gesellschaft so zu formen und zu ändern, daß sich auch die Arbeiterschaft darin wohlfühlen kann. Für die Arbeiterjugend kann es und darf es kein Zusammengehen geben mit der politischen Reaktion und unsern Ausbeutern; denn das wäre die völlige Verkümmung der Arbeiterschaft. Bei der Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Arbeiter, sozusagen die Lösung der sozialen Frage unter dem Protektorat der Unternehmer, wird der Arbeiter immer den kürzeren ziehen. Der wirtschaftlich Stärkere ist der Unternehmer, und wer sich einbildet, mit ihm die soziale Frage gemeinsam lösen zu können, wird immer der Betrogene sein. Der Klassenkampf hat seine Bedeutung noch nicht verloren, dafür sorgen schon die Unternehmer, daß die Grenzen zwischen Besitzenden und Besitzlosen nicht verwischt werden.

Arbeiterjugend erwache! Das ist der Ruf, der heute durch alle deutschen Gauen schallen muß. Wir schließen die Front gegen die Unternehmer und deren Helfershelfer. Wir kämpfen für eine bessere Zukunft der Arbeiterschaft. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! Ernst Neumann.

Freiwillige Entlassung von Lehrlingen bei Konkursverfahren und bei Vergleichsverfahren

Im § 22 der Konkursordnung wird bestimmt, daß ein Dienstverhältnis von jedem Teil (Konkursverwalter und Arbeiter) gekündigt werden kann. Die Kündigungsfrist ist, falls nicht eine kürzere Frist bedungen war, die gesetzliche (also bei gewerblichen Arbeitern gemäß § 122 der Gewerbeordnung eine vierzehntägige Frist, oder auf Grund eines Tarifvertrages, einer Arbeitsordnung bzw. eines Arbeitsvertrages die hiernach maßgebende Frist, wenn sie kürzer ist als die vorgenannte gesetzliche Frist). Kündigt der Konkursverwalter, so ist der Arbeiter berechtigt, Ersatz des ihm durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens zu verlangen, (was für Arbeiter nur in Betracht kommt, wenn sie vertraglich eine längere als die gesetzliche Kündigungsfrist von 14 Tagen hatten). Der etwaige Anspruch auf Schadenersatz ist zur Konkursstabelle anzumelden, er ist eine gewöhnliche Konkursforderung, der Schadenersatzanspruch wird aus der Konkursmasse erfüllt, soweit und wieviel hiernach zur Ausschüttung kommt. Der Schadenersatzanspruch ist also meist überhaupt nicht oder nur zu einem geringen Teil zu realisieren, wenn, was die Regel ist, keine oder nur eine geringe Masse zur Ausschüttung kommt. Der Anspruch auf den Lohn während der Dauer der Kündigungsfrist ist dagegen Massenforderung und gemäß § 59 der Konkursordnung vorweg aus der Masse bei Fälligkeit der Lohnforderung, also in der Regel wöchentlich am Lohnzahlungstage zu erfüllen, und zwar auch dann, wenn während der Dauer der Kündigungsfrist in dem Betriebe nicht mehr gearbeitet wird. (Siehe wegen aller Einzelheiten die ausführliche Darstellung in der „Arbeitsrechts-Praxis“, Jahrgang 1932, Seite 65 ff.)

Soweit das Konkursverfahren nicht wegen Mangels an Masse eingestellt wird und der Arbeitgeber seinen Betrieb wieder weiterführen kann, kommt infolge eines Konkursverfahrens der Betrieb früher oder später zur Auflösung oder er wird aus der Masse von einem neuen Arbeitgeber übernommen, jedenfalls ist dann seine

Weiterführung durch den bisherigen Arbeitgeber ausgeschlossen. Rechtsansprüche gegen den Unternehmer des Betriebes als den neuen Arbeitgeber bestehen nur dann, wenn dieser die Arbeitsverträge stillschweigend durch Weiterbeschäftigung oder auf Grund einer mündlichen oder schriftlichen Vereinbarung mit den Arbeitern übernommen hat.

Im Gegensatz zur Konkursordnung will die Vergleichsordnung, wie diese in ihrer Bezeichnung bereits zum Ausdruck bringt, den Konkurs abwenden, also den Bestand des Betriebs auf neuer finanzieller Grundlage möglichst erhalten. §§ 28 bis 30 der Vergleichsordnung bestimmen, daß mit Ermächtigung des Gerichts auch Arbeitsverträge ohne Rücksicht auf eine vereinbarte Vertragsdauer unter Einhaltung der gesetzlichen Frist gekündigt werden können. Der so gekündigte Arbeiter kann Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen. Er ist mit dem Erlaßanspruch an dem Vergleichsverfahren beteiligt und wird von dem Verfahren betroffen. Mit dem Lohn für die Dauer der Kündigungsfrist ist es ebenso wie im Konkursverfahren. Dieser Lohn ist am Vergleichsverfahren nicht beteiligt, er ist wie immer bei Fälligkeit, also am wöchentlichen Lohnzahlungstage auszuzahlen.

Die auf Grund der Konkursordnung und der Vergleichsordnung möglichen Eingriffe in Arbeitsverträge beziehen sich nur auf entweder mit einer längeren als der gesetzlichen Frist oder überhaupt für eine längere Frist (vielleicht für mehrere Jahre fest) abgeschlossene Arbeitsverträge. Der Zweck ist, diejenigen Gläubiger, die am Tage der Eröffnung des Konkursverfahrens oder des Vergleichsverfahrens bereits fällige Ansprüche haben, nicht gegenüber den Gläubigern, die erst noch zu erfüllende Ansprüche haben, zu stark zu benachteiligen. Durch den Anspruch auf Schadenersatz der letzteren und dessen Teilnahme an der Konkursmasse oder am Vergleich wird wiederum vermieden, daß diese Gläubiger einen besonderen Schaden erleiden.

Es ist nun die Frage, wie die Rechtslage für Lehrlinge ist. Daß der Lehrvertrag auch ein Arbeitsvertrag ist, wird heute in der Rechtsprechung und auch im Schrifttum ganz allgemein angenommen. Also sind auch die Lehrverträge als Dienstverträge im Sinne der Konkursordnung und der Vergleichsordnung anzusehen. Dagegen gibt es bei Lehrverträgen keine gesetzliche Kündigungsfrist, sondern nur die außerordentliche Kündigung aus wichtigen Gründen gemäß §§ 127b in Verbindung mit 127a und 123 der Gewerbeordnung. Es wären daher die Lehrverträge immer zu erfüllen, eventuell durch Weiterzahlung des Lehrlingsentgelts und Schadenersatz wegen Nichtausbildung. Es ist zuzugeben, daß es nach dem Sinn des Lehrvertrages nicht in erster Linie hierauf, sondern eben auf die tatsächliche Ausbildung ankommt. Würde man aber selbst diese Ansprüche bejahen, so würde die Erfüllung des Anspruchs auf das Lehrlingsentgelt schon an der Betriebsrisikoprüfung des Reichsarbeitsgerichts scheitern, daß ein Arbeitgeber nicht wegen der Lehrlinge allein verpflichtet ist, seinen Betrieb weiterzuführen (Reichsarbeitsgericht, Aktenzeichen 187/30, Urteil vom 25. Oktober 1930).

Die Auffassung des Reichsarbeitsgerichts, wie die Rechtslage bei Konkurs für die Lehrlinge ist, liegt in zwei Entscheidungen vor (Reichsarbeitsgericht 672/30, Urteil vom 13. Juni 1931 und Aktenzeichen 397/31, Urteil vom 17. Februar 1932). Das Reichsarbeitsgericht wendet den vorstehend besprochenen § 22 der Konkursordnung in dem Sinne an, daß der Konkursverwalter das Lehrverhältnis fristlos auflösen kann. Die Grundzüge des RWG sind folgende: Ist der Betrieb des Arbeitgebers mit der Konkursöffnung geschlossen worden, dann kommt die Möglichkeit der Weiterbeschäftigung in dem während des Konkursverfahrens nicht fortgeführten Betriebe nicht mehr in Betracht. Durch die erfolgte Entlassung des Lehrlings hat der Konkursverwalter von dem ihm nach § 22 der Konkursordnung zustehenden Rechte der fristlosen Aufkündigung des Lehrverhältnisses Gebrauch gemacht. Mit dieser vom Gesetz zugelassenen rechtswirksamen Auflösung des Lehrverhältnisses sind aber auch die sich aus ihm ergebenden Rechte und Pflichten für die Zukunft hinfällig geworden. Es kann daher von diesem Zeitpunkt ab weder eine Verpflichtung des Lehrherrn noch des Konkursverwalters, für eine anderweitige Unterbringung des Lehrlings in eine andere Lehrstelle zu sorgen, in Frage kommen, noch eine Verpflichtung zur Fortzahlung der Lehrlingsvergütung bis zu dem Zeitpunkt, in dem der Lehrling eine anderweitige Lehrstelle gefunden hat.

Dem RWG ist insoweit zuzustimmen, daß, wenn der Betrieb wegen Konkurs stillgelegt wird, die Lehrlinge dann fristlos entlassen werden können. Hinzuzufügen ist aber, daß sie einen unbefristeten Schadenersatzanspruch haben. Denn da alle anderen Verträge nur mit der gesetzlichen Frist gekündigt werden können, kann nicht allein gerade für einen Lehrling der wichtige Grund zur fristlosen Entlassung durch den Konkursverwalter unter Ausschluß eines Schadenersatzanspruchs des Lehrlings an die Konkursmasse gelten. Anderer Meinung als das RWG muß man aber wegen der Verpflichtung des Konkursverwalters sein, den Lehrling, wenn dies irgend möglich ist, in einer anderweitigen Lehrstelle unterzubringen. Diese Pflicht will das RWG nicht anerkennen. Sie ergibt sich aber schon aus der Pflicht des Konkursverwalters, jeden Schadenersatzanspruch an die Konkursmasse im Interesse aller Gläubiger abzuwenden, also auch den entsprechenden Anspruch des Lehrlings. Das Landesarbeitsgericht Berlin hat wiederholt in Entscheidungen den Grundgedanken vertreten, daß der Arbeitgeber im Konkursverfahren erst alle Möglichkeiten der weiteren Ausbildung des Lehrlings zu erschöpfen hat, und daß er oder der Konkursverwalter erst alle Maßnahmen zu ergreifen hat, um dem Lehrling eine weitere Ausbildung ohne Verlust an Lehrzeit in einem gleichartigen Unternehmen zu ermöglichen, ehe er das Lehrverhältnis zur Auflösung bringen darf.

Ueber die Rechtslage nach der Vergleichsordnung liegt eine Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts noch nicht vor. Da es sich, wie weiter vorn dargestellt, hier aber in erster Linie darum handelt, dadurch die Weiterführung des Betriebs zu ermöglichen, kommt mindestens, solange dies gelingt, eine fristlose Entlassung des Lehrlings nicht in Betracht, andernfalls hat er die Rechtsansprüche, die vorstehend für das Konkursverfahren dargestellt sind, auch im Vergleichsverfahren (Schadenersatzanspruch, anderweitige Unterbringung).



Kollegen!
Lest eure Verbandszeitung
und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter.
Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

Erweiterung der Berufsschulpflicht

Unter dem Druck der Geldnot sind eine Reihe von Gemeinden bereits dazu übergegangen, die Berufsschulpflicht der Jugendlichen erheblich einzuschränken. Mehrere Vorschläge, die aus solchen den Unternehmern nachstehenden Kreisen stammen oder von diesen selbst unmittelbar veranlaßt sind, gehen sogar so weit, die völlige Aufhebung der Berufsschulpflicht zu verlangen. Begründet werden diese Pläne mit Ersparnismaßnahmen, wozu die Gemeinden gezwungen seien, um ihren Etat in Ordnung zu halten. Uns scheint, daß diese Pläne jede vernünftige Erwägung vermissen lassen. Sie stehen in direktem Widerspruch zu dem aus reaktionären Kreisen stammenden Geschrei, die Jugend müsse von der Straße gebracht werden. Solche Sparpläne bilden keine geeignete Grundlage für die in der gegenwärtigen Zeit viel erörterte Frage, was aus unsern Jugendlichen werden soll. Nicht Einschränkung, sondern Erweiterung der Berufsschulpflicht muß heute die Forderung sein.

Die geistige und seelische Not der Jugendlichen, hervorgerufen durch die Arbeitslosigkeit, zwingt dazu, daß den Jugendlichen die Möglichkeit einer Betätigung geboten wird. Sind durch die Wirtschaftskrise die Arbeitsmöglichkeiten in den Betrieben und Werkstätten beschränkt, müssen auf anderen Gebieten Möglichkeiten einer geistigen und körperlichen Betätigung geboten werden. Eine Möglichkeit dazu bietet der Sport, eine andere Möglichkeit ist in der Berufsschule gegeben. Es läge im Interesse der Jugendlichen, wenn die Stundenzahl in den Berufsschulen ausgedehnt wird. Mag eine gewisse, heute in der Nazipartei vertretene Jugend damit nicht einverstanden sein, weil sie am Radaumachen größeren Gefallen findet, die sozialistische Arbeiterjugend weiß den Wert einer ausgedehnten Berufsschulbildung zu schätzen. Sie ist wissenschaftlich und zur Pflichterfüllung gegenüber der Gesellschaft immer bereit.

Wertwürdig berührt es, daß die gleichen Kreise, die sich so lebhaft für die Einschränkung der Berufsschulpflicht einsetzen, kein Wort verlieren über die hohen Aufwendungen auf dem Gebiete des höheren Schulwesens. Die Aufwendungen bei den hohen Schulen sind pro Schüler bedeutend höher als bei den Berufsschulen. Selbst bürgerliche Schulpolitiker fordern eine gründliche Neuordnung des höheren Schulwesens. Sie betonen nicht mit Unrecht, daß das ungenügende und aufgebährte höhere Schulwesen wieder seiner eigentlichen Aufgabe zugeführt werden muß, denn der Besuch der höheren Schule ist heute ebenso wie das Hochschulstudium in den meisten Fällen nur eine Verlegenheitsache. Wenn die Dinge so liegen, warum wird dann nicht zuerst bei den Hochschulen gespart? Bei den Berufsschulen will man radikal abbauen und die Wünsche reaktionärer Innungsrauter erfüllen, während die Hochschulen schonend behandelt werden.

Gegen solche Pläne wenden wir uns mit größter Entschiedenheit. In der gegenwärtigen Zeit ist die Beschränkung der Berufsschulpflicht unsern Jugendlichen gegenüber nicht zu verantworten. Wir müssen im Gegenteil verlangen, daß die Berufsschulverhältnisse noch erheblich ausgebaut werden. Die Zahl der Lehrlinge ist nicht gering, die vor der Beendigung der Lehrzeit die Lehrstelle verlassen müssen, weil der Lehrmeister den Betrieb stilllegt oder die in dem Lehrvertrag eingegangene Ausbildungspflicht nicht einhalten kann oder will. Die in den Berufsschulen bestehende Möglichkeit zur weiteren Ausbildung darf nicht beschränkt werden. Daneben können auch die staatsbürgerlichen Unterrichtsstunden wesentlich ausgedehnt werden. In keiner Zeit war es notwendiger als heute, in der heranwachsenden Jugend Verständnis für Sinn und Wesen der Gesellschaft zu wecken. Die Arbeiterjugend bringt solchen Belehrungen ein großes Interesse entgegen, wozu die hohe Besucherzahl der staatsbürgerlichen Kurse in den Arbeiterorganisationen Zeugnis ablegen.

In Deutschland gibt es gegenwärtig rund 30 000 Fortbildungs-, Berufs- und Fachschulen, die von rund 2,6 Millionen Schülern besucht werden. Die Zahl der hauptamtlichen Lehrkräfte beträgt rund 24 300, die der nebenamtlichen Lehrkräfte befristet sich auf 78 000. Die Erweiterung des Berufsschulwesens ist also durchaus möglich. Vor allem ist der Werkunterricht auszubauen. Die Mittel, die für den freiwilligen Arbeitsdienst aufgewendet werden, könnten hier viel nutzbringender angelegt werden. Es ist zwar richtig, daß die Zahl der Schulentlassenen in diesem und im nächsten Jahre infolge der starken Geburtenminderung während des Krieges erheblich niedriger ist als in normalen Zeiten, aber vom nächsten Jahre ab kommen wieder über eine Million Kinder im Alter von 14 Jahren aus den Volksschulen. Es liegt im Interesse dieser Jugendlichen, wenn sie in den Fortbildungsschulen eine weitere Aus- und Fortbildung erhalten. Wir dürfen diese Jugend nicht den Gefahren der Straße überlassen. In der heutigen Notzeit hat die Berufsschule äußerst wichtige Funktionen zu erfüllen, auf die man nicht verzichten kann. Unsere Aufgabe muß es vielmehr sein, ihren Ausbau nach Möglichkeit zu fördern, damit alle Jugendlichen eine in ihrem Interesse liegende Ausbildung und Fortbildung erhalten. E. An.

Der Kämpfer

Der gewerkschaftliche Mensch nur kann die gewerkschaftliche Arbeit verstehen und würdigen. Nur wer an einer Arbeit selber mitmacht und in ihr praktisch handelt, spürt seine Kraft und den Wert seiner Arbeit. Nur der handelnde Mensch sieht die Grenzen des Könnens, würdigt sein Werk und wächst durch sein Werk zu neuem und größerem Können.

„Der Mensch, der sich bloß erkennend verhält,“ sagte Ricardo Huch einmal, „kommt nie zur Einheit, weil es unendliche Möglichkeiten für ihn gibt; erst handelnd begrenzt er sich und wird dadurch ein einheitliches Selbst.“

So wurde durch den Kampf der Masse nicht nur die Bewegung, sondern in der Bewegung auch der einzelne Mensch. Der Mensch der Kraft, der sich nicht innerlich auflöst in phantastisches Wollen, sondern der durch zähes Schaffen den Wirklichkeitswert seiner selbst verpflügt.

Der Kämpfer steht mitten im Leben. Er wurzelt in der Gegenwartigkeit. Der Widerstand wird ihm zum tätigen Trost. Die Grenze des Könnens wird ihm zur Geduld der Kraft, die da warten kann, bis ihre Stunde gekommen. Und die da wartet, weil er diese Stunde das Ziel ganz schafft.

Der Kämpfer steht zwischen den Zeiten. Er phantasiert nicht von dem Zukünftigen. Er ruht auch nicht träge im Gegenwärtigen. Er ist Erhalter und Stürmer. Er trägt das Heute und zwingt die Welt dennoch aus dem Heute heraus. Und was auch draußen geschieht: er spürt es bis in seine feinsten Herzensfasern als auch sein Werk. An dem er schafft mit allen anderen. Und das nicht würde ohne die anderen und ihn.

Er trägt die Gemeinschaft und sich. Er trägt die Kraft. Er die Zukunft.
Er. Der Kämpfer.

Dr. G. H.

Spruch

Siehst du den Baum nicht im Walde?
Er strebt in der Jugend nach oben;
erst wenn den andern er gleich,
breitet die Krone er aus.
Strebe auch du in der Jugend
nicht hinter den andern zu bleiben;
dann erst zeige der Welt,
was du zu leisten vermagst!

W. Heß.